

KULTURPOLITISCHE GLEICHSCHALTUNGSMASSNAHMEN IM KRIEGE

I. Gleichschaltung der reichsdeutschen Karst- und Höhlenforschung

Schon vor 1939 hatte sich das „Ahnenerbe“ als der verlängerte Arm der Polizeiorgane Himmlers im kulturellen Bereich verstanden. Es hatte sich wissenschaftliche Materialien aller Art angeeignet, wirkliche und vermeintliche Gegner bekämpft und kulturelle Organisationen gleichgeschaltet. Darüber hinaus hatte es sich um eine aktive Wissenschaftspolitik im Reich bemüht, wenn auch zunächst nur mit mäßigem Erfolg.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges setzte diesen Bestrebungen nur vorübergehend Grenzen. Die technischen Schwierigkeiten, begründet etwa in der institutionellen Unsicherheit des Vereins „Ahnenerbe“ und den damit verbundenen finanziellen Problemen, waren spätestens Anfang 1940 beseitigt, dann riß die Dynamik dieses deutschen „Schicksalskampfes“ auch die „Ahnenerbe“-Leitung mit sich fort. Man hatte allen Anlaß anzunehmen, daß sich unter der Ägide des Krieges, der laut den Propagandareden der Führer zur nationalen Einheit und Geschlossenheit zwang, so manche Gleichschaltung effektvoller durchführen, so mancher Gegner schneller beseitigen lassen würde. Keine Erfahrung rechtfertigte diese Erwartung mehr als die erfolgreiche Neuorganisation des reichsdeutschen Karst- und Höhlenwesens, die bereits seit 1938 vorangetrieben wurde.

Im Frühherbst 1939 war die für Mitte September angesetzte Neuschaffung des „Reichsbundes Deutscher Höhlenforscher“ kurzfristig aufgeschoben worden¹. Doch Ende Januar 1940 nahm Hans Brand, Leiter der Forschungsstätte für Karst- und Höhlenkunde, die angeblich mißlichen Zustände in der Höhlenforschung der Ostmark, die er z. T. auf die „schweren politischen Kämpfe um die Befreiung von einer verjudeten und rassegemischten Regierung“ zurückführte, zum Vorwand, um für eine „völlige Angleichung“ zumindest der traditionsreichen österreichischen Höhlenforscher an die Reichsverhältnisse einzutreten². Sievers pflichtete bei³, doch war man sich über die Art der Gründung eines neuen „Reichsbundes“ noch nicht schlüssig. Wie wollte man den „Hauptverband“ eliminieren? Man konnte es mit der Manipulation eines Gesetzes versuchen, das man in der Garde Himmlers zwar allenthalben als überholt und vom Führerwillen längst durchbrochen ablehnte, das aber möglicherweise den von der SS bevorzugten Weg des geringsten Widerstandes wies. Falls „gesetzlich tragbar“, wollte Brand den „Reichsbund“ einfach ins Leben rufen, ohne auf den „Hauptverband“ Rücksicht zu nehmen, um dann durch Abwerbung der Mitglieder den Verband und dessen Zeitschrift „zum Absterben“ zu bringen. Vom „Reichsbund“ wäre dann eine neue Zeitschrift zu gründen⁴. Sievers, der dieses Vorgehen noch zu sehr als „Gewaltangriff“ empfand, holte Rechtsbeistand von „Ahnenerbe“-Justitiar Dr. Karl Deutschmann ein. Der bemerkte, daß, „wie in allen solchen Fällen, wenn eine freiwillige Gleichschaltung nicht möglich ist, nur zwei Möglichkeiten bestehen: I. Entweder den Verein aus staatspolitischen Gründen polizeilich auflösen, in welchem Falle dann das Gericht sofort einen gesetzlichen Vertreter für die Vermögensverwaltung . . . einsetzen muß. II. Oder aber

in einer Mitgliederversammlung wird der Vorstand abgesetzt, wozu Sie sich den nötigen Einfluß unter den Mitgliedern verschaffen müssen“⁵. Das erste war ganz im Sinne der Notverordnung vom Februar 1933, das zweite stellte die von Sievers bereits praktizierte Einflußnahme „auf kaltem Wege“ dar – die sich um so eher anbot, als, wie Deutschmann sachkundig meinte, sich Gründe für eine staatspolitische Auflösung schwer würden finden lassen⁶.

Schließlich befolgte das „Ahnenerbe“ doch die Taktik der Überredung: sie bot dem amtierenden Vorsitzenden des „Hauptverbandes“, Julius Riemer, als Preis für einen Stellungswechsel die Schriftleitung des im „Ahnenerbe“ neu zu schaffenden Fachorgans an, was Riemer unter den Umständen allerdings wenig interessierte. In Abwandlung des Brandschen Vorschlags plante Sievers dann die Gründung des „Reichsbundes“ auch ohne vorherige Liquidation des „Hauptverbandes“, bezeichnenderweise aber nicht unter dem Vorsitz des unablässig polternden Brand, sondern unter der Regie des konzilianteren (und österreichischen!) Prof. Tratz, in dem Sievers eine Persönlichkeit erblickte, „die bei der Zersplitterung der Höhlenforscher ausgleichend und zugleich straff führend zu wirken vermag“⁷. Doch erst am 11. Mai 1941 wurde der neue „Reichsbund für Karst- und Höhlenforschung“ in Salzburg unter Anwesenheit des Kurators feierlich proklamiert, einige wichtige Geschäftsträger des „Hauptverbandes“ überstellt⁸. Damit war dieser, der lediglich auf dem Papier noch weiter bestand⁹, zur stillen Auflösung in der Versenkung verdammt. Hinfort wurden sämtliche Karst- und Höhlenvereine Deutschlands und Österreichs reihum an den „Reichsbund“ angeschlossen¹⁰.

Der Erlanger Geologe Prof. Dr. Florian Heller, der 1941 neben Riemer in die Schriftleitung des „Reichsbund“-Organs eintrat, wunderte sich noch 1964, warum diese „Gleichschaltung“ erst nach erheblichen Verzögerungen abgeschlossen wurde¹¹. Eine Erklärung dafür läßt sich vielleicht in der hintergründigen Verhaltensweise Heinrich Himmlers selbst finden. In diesem Falle bewies Himmler mehr Zurückhaltung als seine „Ahnenerbe“-Offiziere. Mußte der ehrgeizige Brand stets von Sievers gezügelt werden, so hielt Himmler immer noch den Reichsgeschäftsführer zurück. Brand hätte am liebsten die unter dem Reichsführer-SS erfolgende Neuordnung des reichsdeutschen Karst- und Höhlenwesens allen Bürokraten des Regimes ins Diensttagebuch geschrieben, besonders denen, die sich von Berufs wegen darüber ärgern mußten, so den Spezialisten des Landwirtschaftsministeriums oder den Straßenbauplanern des Ministeriums Todt¹². Nichts aber wünschte Himmler weniger als unnötige Querelen mit Parteifreunden, die ihm brutale Überschreitung der Kompetenzen vorwerfen mochten. Der deutsche „Führerstaat“ war zwar schon 1941 durch sich ständig gegenseitig befehdende Machtzentren zerrissen, dennoch war das Stadium des Kampfes aller gegen alle, den der Volksmund bald auf die Formel „NS-Kampfspiele“ brachte¹³, noch nicht erreicht. Himmler, der damals in seine Kriegsaufgaben gerade erst hineinwuchs, hat dafür mehrere Beispiele geliefert. Er konnte es sich nicht leisten, seine Beziehungen zu den Parteifreunden durch die allzu stark aufgetragene Macht seiner SS-Männer zu kompromittieren. Der Weg des geringsten Widerstandes war unter Umständen ein sehr enger, langer Pfad, den zu beschreiten viel Behutsamkeit und Zeit beanspruchen würde, um doch noch ans Ziel zu gelangen. Brands Plan stieß denn bei Himmler auch gleich auf Ablehnung: offizielle Stellen seien über die Tätigkeit der nun mit dem monopolistischen „Reichsbund“ zu koppelnden „Ahnenerbe“-Forschungsstätte für Karst-

und Höhlenwesen nicht durch „Rundschreiben“ aufzuklären¹⁴ – um niemanden vor den Kopf zu stoßen. Es liegt nahe anzunehmen, daß Himmler aus ähnlichen Gründen auch eine „vorschnelle“ Lösung des reichsdeutschen Karstproblems abgelehnt hat, wenngleich konkrete Beweise dafür in den Quellen heute nicht vorhanden sind.

Immerhin hatte das „Ahnenerbe“ mit dem Salzburger Festakt vom Mai 1941 die wichtigste Stufe der Gleichschaltung schon erreicht. Der „Reichsbund“ war ein nach dem „Führerprinzip“ der SS straff organisiertes, totalitäres Gebilde. Der gemäßigte „Bundesleiter“ Tratz, nur mehr ein Aushängeschild, stand in Wirklichkeit völlig in Abhängigkeit von Karst-Abteilungsleiter Brand, der das gesamte Reichsgebiet zur besseren Zentralisation der Karst- und Höhlenvereine mit einem Netz von „Landesgruppen“ umspannte¹⁵. Der Berliner Höhlenfunktionär Julius Riemer war gleichgeschaltet worden; nun war er Vorstandsmitglied und Kassenwart des „Reichsbundes“ und überdies, neben Florian Heller, Schriftleiter der *Zeitschrift für Karst- und Höhlenkunde*, die die Nachfolge des „Hauptverbands“-Organs angetreten hatte¹⁶. Freilich war Riemers Position nicht mit irgendwelchen Machtbefugnissen verbunden; so konnte er als Kassenwart auch nicht über die Gelder des „Reichsbundes“ verfügen¹⁷. 1942 informierte der „Reichsbund“ seine Mitglieder, daß Riemer Anfang Oktober 1942 aus „gesundheitlichen Gründen“ auf seine „Reichsbunds“-Ämter verzichtet habe¹⁸. Der wahre Grund, so ließ Riemer Florian Heller wissen¹⁹, war jedoch die inzwischen vollbrachte Verhaftung des Nestors der deutschen Höhlenforschung, Benno Wolf, in Berlin. Das einzigartige höhlenkundliche Material Wolfs, welches das „Ahnenerbe“ im Spätsommer 1942 gerade zu Brand nach München verfrachten ließ, aber gehörte laut Wolfs Vermächtnis – Julius Riemer²⁰.

Alt-Kurator Wüst drückte 1963 sein Befremden darüber aus, daß Wolf trotz der energischen Fürsorge des Wüst-Freundes Brand doch noch durch die Gestapo verhaftet worden sei²¹. Brand selbst erklärte nach dem Kriege, er sei in seiner Rolle als „Beschützer“ Wolfs von der Gestapo „regelrecht überspielt“ worden²². Hingegen hat Julius Riemer nach 1945 gemeint, „daß der eigentliche Hauptschuldige für die Verschleppung Wolfs Prof. Dr. Brand sei, der sich in den Besitz des reichen wissenschaftlichen Materials zur Karst- und Höhlenforschung setzen wollte“²³. Diese Feststellung kommt der Wahrheit am nächsten. Brand war es, der im Dezember 1940 an Sievers schrieb, durch die forcierte Annäherung Riemers an das „Ahnenerbe“ werde man auf indirekte Weise in den „wertvollen Besitz des seit Jahren angehäuften und sorgfältig bearbeiteten Materials des früheren Hauptverbandsvorsitzenden Dr. Wolf gelangen“²⁴. Im Oktober 1941, einen Monat, bevor die deutschen Juden überhaupt erst ihre deutsche Staatsbürgerschaft verloren²⁵, schrieb Sievers an Adolf Eichmann, nach der zu erfolgenden Deportation Wolfs sei dessen Material zu sichern und zum „Ahnenerbe“ zu schaffen²⁶. Im Februar 1942 – die Berliner Juden wurden seit Oktober 1941 abtransportiert – regte Sievers an, die Bücherei Wolfs schon vor dessen Evakuierung durch die Gestapo beschlagnahmen zu lassen, ein Vertrauter des „Ahnenerbes“ würde dabei gerne Hilfestellung leisten²⁷. Im April stand der ungefähre Zeitpunkt fest, zu dem der 71jährige Wolf „mit einem Alterstransport zum Abschub“ gelangen sollte²⁸. Am 6. Juli war es endlich soweit. Vorsorglich hatte Sievers als „Ahnenerbe“-Spitzel die SS-Führer Dr. Abrahamczik und Reimann in die Berliner Hornstraße Nr. 6 entsandt. Ihr

Bericht über die entwürdigende Verhaftung des einstigen Landgerichtsrats ist ein ebenso erschütterndes wie grausames Dokument. „Dr. Wolf erschien erst um 13.30 Uhr in seiner Wohnung. Vor den anwesenden SS-Männern wollte er vorerst keinerlei Aussagen machen und tat sehr geheimnisvoll über seine angeblichen Verbindungen zu allerhöchsten Stellen. Über seinen persönlichen Verkehr mit Riemer befragt, gab er zu, daß er fast täglich mit diesem beisammen sei. Über die plötzlich beabsichtigte Evakuierung war er sehr erstaunt, besonders da ihm von Herrn Riemer zugesichert sei, daß er von ihr verschont bleiben werde. Riemer wurde seinerzeit vom Reichsführer-SS als Vorstandsmitglied des Reichsbundes für Karst- und Höhlenforschung und Schriftleiter der Zeitschrift bestätigt. Auf Grund dieser Bestellung fühlte sich Herr Riemer nach Angaben Wolf's berechtigt, diesem zu raten, keinen Judenstern zu tragen. Es sollten dadurch seine Arbeiten am Welthöhlenkataster nicht behindert werden. Wolf schützte auch seine hohen Verbindungen vor und nannte als solche ‚Das Ahnenerbe‘, Sievers, Rektor Wüst und Dr. Brand.“²⁹ Das erste, was Reichsgeschäftsführer Sievers, der nach dem Kriege als Widerstandskämpfer in die Geschichte einzugehen gedachte, daraufhin tat, war, sämtliche Angaben Wolfs über dessen Beziehungen zum „Ahnenerbe“ bei der Gestapo scharf zu dementieren³⁰. Im August bat Brand die Reichsgeschäftsführung noch einmal um Übersendung des Wolfschen Materials an seine Münchener Forschungsstätte³¹. Der Berliner Gelehrte aber, dem die Haushälterin für die „Reise“ noch „Mantel und Schirm“ hatte mitgeben wollen (darauf der Gestapobeamte: dies sei nicht nötig, der Herr Doktor brauche so etwas nicht an dem Ort, wohin er gebracht würde³²), gelangte in das Konzentrationslager Theresienstadt, wo er dann wahrscheinlich ermordet worden ist³³.

SS-Standartenführer Hans Brand, der sich ähnlich wie Sievers nach dem Kriege auf wichtige Beziehungen zu gewissen Widerstandskreisen berief und im Entnazifizierungsverfahren der deutschen Spruchkammer als „Entlasteter“ eingestuft wurde³⁴, befand sich 1942 kurz vor dem Höhepunkt seiner beruflichen Karriere. Nicht, daß Brand als Leiter der Forschungsstätte für Karst- und Höhlenkunde seine Erfüllung gefunden hätte. Jene diente, nach 1941 jedenfalls, im Grunde nur der institutionellen Umklammerung des „Reichsbundes“; darüber hinaus hat sie wenig vollbracht, will man von gelegentlichen Höhlenvermessungen (Mauern³⁵) und chemischen Höhlenwasser-Untersuchungen³⁶ einmal absehen. Brands Prestige ruhte auf einem wesentlich beständigeren Fundament: seit Ende 1942 war er Kommandeur einer „Karstwehrruppe“ innerhalb der Waffen-SS, die mit der Organisation „Ahnenerbe“ bis 1945 Verbindung hielt, obwohl sie von SS-Gruppenführer Jüttner inspiziert wurde. Der Entstehung dieser Truppe – das wird niemanden erstaunen – lag Himmlers Interesse an Karst und Militär gleichermaßen zugrunde. Schon zwei Jahre vor Kriegsausbruch hatte der verhinderte Armeeeoffizier die „Bedeutung der Höhlen auch für den Kriegsfall“ erfaßt³⁷; damit waren den Kriegsspielereien späterer Monate Tür und Tor geöffnet. Im Frühjahr 1942 erklärte Himmler sich mit Brands Vorschlag zur Schaffung eines SS-Karstwehrrupps grundsätzlich einverstanden³⁸. Anfang 1943 lag das von Standartenführer Brand gegründete und kommandierte Karstwehr-Bataillon noch in seiner Stammkaserne im Pottensteiner Karst; erst zu Beginn des nächsten Jahres wurde es im Karstgebiet zwischen Görz und Triest eingesetzt³⁹, wo es vermutlich gegen Titos Partisanen kämpfte.

2. Die Bodenforschung im Protektorat

Der Versuch des „Ahnenerbes“, die Neuordnung des reichsdeutschen Karst- und Höhlenwesens auch auf das Protektorat auszudehnen, war nach dem Vorangegangenen nur ein logischer Schritt. Ein Vorstoß in das reichhaltige mährische Karstgebiet schien schon deshalb geraten, weil man damit auch Einfluß auf die Bodendenkmalspflege und die wissenschaftliche Prähistorie im Protektorat nehmen konnte. Vorarbeiten waren in diesem Sinne ja schon vor dem Kriege von Kurt Willvonseder und Assien Bohmers von der Ostmark aus geleistet worden⁴⁰. Im übrigen war das Protektorat schon deshalb als Interessensphäre für das „Ahnenerbe“ prädestiniert, weil hier die Anhänger Rosenbergs bis Herbst 1939 so gut wie gar nichts zu sagen hatten – zweifellos eine Konsequenz der Tatsache, daß in Böhmen und Mähren in der Person Karl Hermann Franks nicht ein Mann Rosenbergs, sondern des Reichsführers-SS als „Stellvertretender Protektor“ Hof hielt⁴¹. Daß dieser Tatbestand indessen keine Garantie für komplikationsfreies Wirken bot, sollte das „Ahnenerbe“ bald erfahren.

Was den mährischen Karst betrifft, so verwies Sievers die Gestapo schon Ende September 1939 auf eine unordentliche Raubgrabung in der berühmten Byciskala-Höhle nördlich Brünns und benutzte die Gelegenheit, eine „sachgemäße Untersuchung“ von seiten des „Ahnenerbes“ anzukündigen⁴². In München erwog Sievers dann im darauffolgenden Frühjahr zusammen mit Willvonseder den pauschalen Erwerb des gesamten mährischen Karstgebietes, um es der „Ahnenerbe“-Forschung ein für allemal zu erhalten⁴³. Gegenwärtig war der tschechische Höhlenkomplex noch in einer „Mährischen Karst AG“ zentralisiert, die Sievers jedoch zu liquidieren und durch eine neue Organisation zu ersetzen gedachte in einer Form, „daß die wissenschaftliche Erforschung des mährischen Karstes dem ‚Ahnenerbe‘ anvertraut wird“⁴⁴. Mitte Mai 1941 holten Sievers und Willvonseder das grundsätzliche Einverständnis des mährischen Landespräsidenten Dr. Schwabe, der passenderweise den Rang eines Standartenführers in der SS bekleidete, ein⁴⁵. Doch bis März 1942 hatte sich noch nichts getan, so daß Sievers sich genötigt fühlte zu schreiben, es sei „höchste Zeit, daß wir uns endlich tatkräftig um den mährischen Karst kümmern, damit er uns nicht doch noch aus den Fingern rutscht und nachher um so mehr Mühe macht, ihn [sic] wieder einzufangen“⁴⁶. Nach weiteren drei Monaten regte der ungeduldige Sievers bei Schwabe an, die Existenz der noch immer tschechischen Karst AG sei nun „auf autoritativem Wege möglichst rasch zu beenden“⁴⁷. Doch bis 1945 sollte dem „Ahnenerbe“ in dieser Angelegenheit kein Erfolg beschieden sein.

Das Versagen des Reichsgeschäftsführers hing eng mit seinem Unvermögen zusammen, bei der Neuorganisation sachfremder Wissensgebiete anders als in totalitären Kategorien zu denken. Das Schicksal des mährischen Karstes war seit Jahrzehnten eng mit dem Wirken einheimischer, tief im Stammesboden verwurzelter Gelehrter verknüpft, die, unter der Führung einiger besonders Beharrlicher, von altem Brauch und Besitz nun einmal nicht lassen wollten. Ihre manchmal an Widerstand grenzende Haltung wurde in der „Epoche Neurath“ zumindest noch in den Anfangsmonaten des Protektorats von dem Manne stillschweigend geduldet, der, nach dem Urteil eines heutigen Biographen, ernsthaft versuchte, „die nationale Geschlossenheit der Tschechen zu erhalten und ihre Eigenart zu schützen“: Reichsprotektor

Freiherr von Neurath selbst⁴⁸. In diesem Sinne wirkte seit September 1939 auch der deutsche Prähistoriker Prof. Dr. Lothar Zotz an der Deutschen Karls-Universität in Prag. Der Badenser Zotz, seit 1936 vom Reinerthschen „Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte“ entfremdet⁴⁹, will 1938 als Direktor des gerade neugegründeten Landesamtes für Vorgeschichte der Provinz Brandenburg in Berlin in einem persönlichen Gespräch von Reichsführer-SS Himmler umworben worden sein⁵⁰. Dabei soll Himmler dem Gelehrten wertvolles wissenschaftliches Material abverlangt haben, das das „Ahnenerbe“ in Verwahrung nahm⁵¹. Dieser Umstand allein hätte wohl genügt, eine langlebige Feindschaft zwischen Zotz und der Forschungsgemeinschaft zu begründen. Daß Zotz dann 1939 den Prager Lehrstuhl von Leonhard Franz erhielt, war sicherlich nicht auf die Intervention des „Ahnenerbes“ zurückzuführen, wie Sievers später gern herumerzählte⁵². Ob Himmler etwas mit dieser Berufung zu tun hatte, läßt sich heute ebensowenig beweisen⁵³ wie die Nachkriegsbauptung Zotz', seine Übersiedlung nach Prag sei noch – vor der Errichtung des Protektorats – von der Regierung Benesch betrieben worden⁵⁴. Sicher ist jedoch, daß Zotz sich nach Amtsantritt in Prag weidlich um die einheimischen tschechischen Forscher bemüht hat, das bestätigen sogar seine einstigen Kollegen⁵⁵. Wenn Zotz die für jene Zeit so typischen ideologischen Zugeständnisse gemacht hat, indem er etwa in seinen Aufsätzen den Tschechen „slawische Anmaßung“ in der Forschung vorhielt⁵⁶ oder sich „im Rahmen der Neugestaltung des deutschen Großreiches“ auf die „nicht zu übersehenden völkischen Fragen“ berief⁵⁷, so mag er das mehr aus taktischen als aus Überzeugungsgründen getan haben.

Sievers' Entschluß, sich bei dem Versuch einer Gleichschaltung der tschechischen Bodenforschung Zotzens zu bedienen, obwohl seit 1938 bereits abfällige Gutachten gegen den Forscher vorlagen⁵⁸, geschah aus der Überlegung heraus, wohl oder übel mit einem Mann zusammenarbeiten zu müssen, dem der Reichsführer-SS einmal persönliche Audienz erwiesen hatte⁵⁹. Ausgerechnet war aber gerade der tschechische Wissenschaftler, gegen den das „Ahnenerbe“ hauptsächlich Stellung zu beziehen gedachte, einer von Zotzens besonderen Schützlingen. Professor Absolon hielt frühere Grabungsergebnisse unter Verschuß, spielte darüber hinaus noch eine Schlüsselrolle sowohl als Abteilungsleiter im Mährischen Landesmuseum als auch in dem von ihm selbst gegründeten „Anthropos“-Museum in Brünn. Als der Sievers-Vertraute Kurt Willvonseder Ende September 1939 empfahl, die Direktionen beider Institute mit Deutschen zu besetzen⁶⁰, wird er gewußt haben, daß bei derartigen Veränderungen auf Lothar Zotz keineswegs Verlaß war.

Als das „Ahnenerbe“ 1940 politischen Druck gegen Absolon erwog⁶¹, um von ihm die Herausgabe der Unterwisternitzer Materialien zu erreichen, gelang es Zotz, den Tschechen zu bewegen, die Funde seiner eigenen Schülerin, Gisela Freund, zur Verfügung zu stellen⁶². Damit hatte Zotz endgültig den „Ahnenerbe“-Protegé Dr. Assien Bohmers verprellt, der, als holländischer Staatsbürger nicht wehrpflichtig und noch seit Vorkriegstagen mit ausreichenden Mitteln versorgt, als einziger unter den Prähistorikern der Forschungsgemeinschaft sein Grabungsprojekt (Unterwisternitz) hatte fortsetzen dürfen⁶³. Schließlich zwang Sievers die Doktorandin Freund, die Unterlagen an Bohmers abzutreten; ihre neue Dissertation über die altsteinzeitlichen Funde von Předmost, im Einvernehmen mit dem Reichsgeschäftsführer ausgewählt, sollte als „Ahnenerbe“-Publikation gedruckt werden, aber das Versprechen wurde niemals eingelöst⁶⁴. Bohmers selbst hat bis Sommer 1943 in

Unterwisternitz geforscht, auch genug neue Funde zusammengetragen, so daß es 1944 zu einem Buchmanuskript „Erforschung des eiszeitlichen Lagerplatzes Unterwisternitz“ reichte, das indessen trotz Sievers' warmer Befürwortung doch nicht mehr vor Kriegsende zum Druck gelangte⁶⁵.

Lothar Zotz ging aus der Affäre verbittert hervor. Letztlich war das Mißtrauen zwischen dem Gelehrten und Sievers eine natürliche Folge mangelnder Kollaboration zwischen Reichsführung-SS und Wissenschaftsministerium auf höchster Ebene einerseits und fehlerhafter Himmlerscher Organisationstechnik andererseits. Zwischen der SS und dem Kultusministerium Rusts gab es in diesem Falle einmal keine Absprache hinsichtlich der zu verfolgenden Ziele im vorgeschichtlichen Terrain des Protektorats. Sievers selbst hatte von Himmler keine präzise definierten Aufgaben bezüglich einer SS-gemäßen Kulturpolitik in Böhmen und Mähren entgegengenommen. Nach dem Muster der Führerbefehle hatte Himmler im März 1939 lediglich angeordnet, das „Ahnenerbe“ habe sich der gesamten Bodendenkmalspflege in der Tschechoslowakei anzunehmen⁶⁶. Abermals konnte die totalitäre Gleichschaltungsmaschine nicht anlaufen, weil ihre verschiedenen Arbeitsgänge nicht sinngemäß programmiert, sondern asynchron geschaltet waren. Das Ideal innerer Geschlossenheit, das man sich gesetzt hatte, wich der Erkenntnis unaufhaltsamer Fragmentierung. Diese aber wurde, bis 1945, so total, wie der angeblich monolithische „Führerstaat“ selbst es vorgab zu sein.

Freilich hätten weder Sievers noch Zotz diese Argumentation damals verstanden. Sievers nahm die Tatsache, daß Zotz tschechische Wissenschaftler gegenüber deutschen favorisierte und im Organisatorischen den Individualismus der straffen Zentralisierung vorzog, zum Vorwand, seine Kampagne gegen den Forscher zu eröffnen. Für beide Anschuldigungen hatte er Beweise: dank Zotz' Protektion hielt sich Absolon noch bis Mitte 1942 in seiner Stellung als Direktor des „Anthropos“-Museums⁶⁷; innerhalb der deutschen Vorgeschichtshierarchie des Protektorats aber ließ Zotz der seit dem 1. August 1941 als deutsche Oberkommissarin und stellvertretende Leiterin des Prager Archäologischen Instituts berufenen Dr. Camilla Streit⁶⁸, die gar nicht daran dachte, sich SS-definierten Führungsnormen zu fügen, viel zuviel Bewegungsfreiheit. Sievers' Ziel mußte es deshalb sein, neben der Absetzung Zotz' auch die Einführung des militärischen Kommandoprinzips zu erreichen, hinter dem er für alle Beteiligten die Figur des „Ahnenerbe“-Geschäftsführers in Berlin sichtbar zu machen hoffte. Doch Sievers trieb ein doppeltes Spiel. Schrieb er im Januar 1942 noch an den für örtliche Eigenheiten stets aufgeschlossenen Nachfolger K. H. Franks, Statthalter Heydrich, bei der Bearbeitung vorgeschichtlicher Funde aus der Prager Burg könne man beim Einsatz von Zotz auch einheimische Forscher heranziehen, „was unter deutscher Führung nicht bedenklich erscheint“⁶⁹, so meinte er doch schon im Juni, nach Heydrichs Tod, man müsse den Tschechen „endgültig das Wasser abgraben“⁷⁰. Versicherte er dem Prager Professor im Februar noch leutselig, man werde bei der Neuordnung des mährischen Karstes „selbstverständlich“ auch mit ihm zusammenarbeiten⁷¹, so hieß es vier Monate später, den wirklichen Absichten entsprechend, Zotz sei an der mährischen Bodenforschung überhaupt nicht zu beteiligen⁷².

In seinem Feldzug gegen Zotz verließ sich Sievers, der selbst nicht im Protektorat anwesend sein konnte, hauptsächlich auf Gewährsmänner: so den als neuen Direktor des Mährischen Landesmuseums lancierten Schwantes-Jankuhn-Schüler Dr. Karl

Hucke und den Wiener Prähistoriker Dr. Kurt Willvonseder. Der hatte nach 1939 als Aufpasser des „Ahnenerbes“ in der Vorgeschichte der Ostmark schnell Fuß gefaßt. Seit dem 1. April 1940 war er Leiter der Abteilung für Bodenaltertümer am Institut für Denkmalspflege in Wien, 1941 wurde er „Gaupfleger“ der Bodenaltertümer in den Reichsgauen Niederdonau und Wien⁷³. Niederdonau grenzte an das tschechische Mähren, so zeigte Willvonseder schon aus diesem Grunde Interesse an der Vorgeschichtsforschung im Protektorat. Sievers beschloß, den österreichischen Gelehrten, einen Duzfreund von Lothar Zotz, auf die Spuren des Prager Professors zu setzen⁷⁴. Bis zum Frühjahr 1942 hatte Willvonseder jedoch lediglich erreicht, daß Zotz ihn in einen vorgeschichtlichen Forschungsrat für das Protektorat wählen ließ, über den nun Wolfram Sievers Einfluß auszuüben hoffte⁷⁵.

Immerhin gelang es Sievers auch, Zotz mit Unterstützung von Willvonseder zeitweilig von seinem gefährlichen Hochsitz zu entfernen und ihn an einem weniger exponierten Ort gleichsam zu neutralisieren. Im Herbst 1940 wurde Zotz zusammen mit Willvonseder in die Slowakei gesandt, um dort im Auftrage der slowakischen Regierung, die schon 1939 ein ausschließliches Grabungsrecht für die SS mit Himmler ausgehandelt hatte⁷⁶, im Bezirk Pistyan nach germanischen Überresten zu suchen. Zotz, der die Aurignacien-Großrastplätze der Mammutjäger von Moravany selbst bereits 1935 begangen hatte⁷⁷, vermochte dem Reichsführer im November 1940 zu melden, daß die „reiche Kulturschicht der Mammutjäger“ erreicht worden sei⁷⁸. In Straže, nahe Moravany, wurden zwei bereits bekannte germanische Fürstengräber näher untersucht⁷⁹. Nach weiteren Grabungen im Herbst 1941 bestätigte sich die Vermutung des Wissenschaftlers Zotz: in Moravany konnte „zum erstenmal ein einwandfreier altsteinzeitlicher Haus- oder besser gesagt Hüttengrundriß freigelegt und sowohl kulturell als auch zeitlich eingestuft werden“⁸⁰. Damit war, für gewisse Regionen jedenfalls, die Seßhaftigkeit des auf der „wirtschaftlichen Stufe des Jägers und Sammlers“ stehenden Altsteinzeitmenschen erwiesen. Sievers' Bericht an Himmler vom 17. Dezember 1941 war entsprechend positiv⁸¹. An Zotz schrieb Sievers im Januar 1942, er sei „sehr einverstanden damit“, daß der Prager im halbamtlichen Auftrag eine „Denkschrift über denkmalspflegerische Fragen“ der Slowakei für die Regierung in Bratislava vorbereite⁸². Zotz blieb verborgen, daß der Reichsgeschäftsführer genau einen Monat später zu Willvonseder meinte, man müsse die Neuordnung der slowakischen Bodendenkmalspflege auf jeden Fall „ohne Zotz“ in Angriff nehmen⁸³.

Das Prinzip der Isolierung, das Sievers in der Slowakei gegen Zotz anzuwenden gedachte, konnte nur halben Erfolg bringen, da der Professor in der Zwischenzeit immer wieder an der Karls-Universität im Protektorat weilte. Da versuchte Sievers es mit neuen Vertrauensleuten. Anfang 1942, nach der formellen Pensionierung Absolons, wurde der Herbert Jankuhn nahestehende Schwantes-Schüler Dr. Hermann Schwabedissen als kommissarischer Direktor des „Anthropos“-Museums vorgeschlagen⁸⁴. Sievers war von Anbeginn entschlossen, Schwabedissen von Brünn aus als Spitze gegen Prag vorzuschieben, um so den Zotz umgebenden „Kreis der tschedischen Forscher geistig unschädlich“ zu machen⁸⁵. In der Folgezeit hat Schwabedissen dann auch einige Denunziantenbriefe gegen Zotz an Sievers gehen lassen⁸⁶, wengleich der Kölner Ordinarius 1964 nicht gewußt haben will, daß er „Vertrauensmann des ‚Ahnenerbes‘ gewesen sein soll“⁸⁷.

Im weiteren Verlauf der Intrigen, die in den SS-Akten genauestens dokumentiert

sind⁸⁸, ging Reichsgeschäftsführer Sievers 1943 so weit, Zotz beim Reichssicherheitshauptamt anzuschwärzen⁸⁹ und die Umbesetzung des Prager Lehrstuhls im Reichserziehungsministerium voranzutreiben⁹⁰. Als Sievers zusammen mit Bohmers, Schwabedissen und anderen „Ahnenerbe“-Adepten im Mai 1943 ein Komplott ausheckte, um Zotz die Redaktion der von ihm 1936 mitgegründeten Zeitschrift *Quartär* zu entwenden⁹¹, gab der Professor auf. „Um Schlimmerem zu entgehen“, so erinnert sich Gisela Freund, fügte Zotz sich dem ohnehin unvermeidlichen Einberufungsbefehl, der ihn Mitte Oktober 1943 zum Landeschützenbataillon ins böhmische Tabor beorderte⁹².

Zotz hatte technisch zwar die letzte Runde verloren, dennoch wußte Sievers, daß er der wirkliche Verlierer war. Denn einmal behielt Zotz seinen Prager Lehrstuhl der Form halber bis Kriegsende⁹³, so daß er sein prähistorisches Institut den Tschechen im Mai 1945 vollständig übergeben konnte, was man ihm in Prag bis heute nicht vergessen hat⁹⁴. Zum andern war Wolfram Sievers, dem seit 1939 in allen Winkeln des großgermanischen Reiches kulturpolitische Aufgaben zufielen, die Kontrolle über die tschechische Vorgeschichtsforschung schon vor 1943 langsam aber sicher entglitten, und dieser Prozeß ließ sich trotz aller Spitzel in Prag und Brünn auch nach 1943 nicht aufhalten: die Intrigen wuchsen ihm über den Kopf. Im Mai 1944 fand Sievers für die „zankenden Zeitgenossen“ in Böhmen und Mähren nur noch abfällige Worte; er habe „Fischen gepredigt“, da aber „auch diese nach den neuesten Forschungen nicht ohne Gehör sein sollen, hätten sie mich wahrscheinlich immer noch eher verstanden als die Vorgeschichtstanten beiderlei Geschlechts in des Reiches Herzland“⁹⁵. Allein der Zynismus, der aus diesen Sätzen spricht, läßt erkennen, daß Sievers das Protektorat als Wirkungsbereich des „Ahnenerbes“ endgültig hatte abschreiben müssen.

3. SS-Hochschulpolitik

Sievers' Intervention beim REM in Sachen Zotz läßt vermuten, daß das „Ahnenerbe“ nach wie vor über einen heißen Draht zum Reichserziehungsministerium verfügte. In der Tat benötigten die Vereinsfunktionäre ihre Freunde im Hause Rusts mehr denn je. Denn bis 1943 hatte sich gezeigt, daß das bisherige Konzept einer allmählichen Infiltration der deutschen Hochschulen durch SS-Professoren schwer zu verwirklichen war. Einmal ließen sich die meisten, fest in humanistischen Traditionen wurzelnden deutschen Professoren von schwarz-uniformierten Kollegen nicht so leicht einschüchtern oder gingen diesen zumindest aus dem Wege, wo überhaupt möglich. Zum anderen aber war es gar nicht sicher, ob die habilitierten „Ahnenerbe“-Abteilungsleiter ihre Funktionen als Parteigänger Himmlers in den Seminaren in jedem Falle auch erfüllten. Hier wurden die Grenzen der SS-Macht offenbar: die Symbiose von völkischer Dynamik und „exakter“ Wissenschaftlichkeit, wie der Reichsführer sie unablässig forderte, konnten die meisten Abteilungsleiter vielleicht noch in den Räumen der Reichsgeschäftsführung in der Berliner Pücklerstraße oder auf den Seiten der „Ahnenerbe“-Publikationen vollziehen, nicht aber auf den Lehrkanzeln und in den Fakultätsgremien. Dort erwies sich die alte Gruppenloyalität doch als zu stark. Wie sich dieses Phänomen an einzelnen Universitäten des Reiches auswirkte, erkennt man am Beispiel der Wiener

Hochschule, wo bereits in Friedenszeiten der Orientalist Prof. Dr. Viktor Christian als SS-Oberscharführer und „Ahnenerbe“-Obmann figurierte. Da Christian damals schon als Dekan der Philosophischen Fakultät wirkte, dürfte seine Übernahme in das „Ahnenerbe“ Anlaß zu berechtigten Hoffnungen gegeben haben. Doch was hatte der SS-Dekan für seinen Reichsführer bis 1943 erreicht? Am 6. Januar übergab ein Kollege, der (SS-Standartenführer) Prof. Dr. Friedrich Plattner⁹⁶, Himmler die Abschrift eines Rundschreibens, in dem die Dekane der Universität Wien sämtliche Professoren „zu einer Art geheimen Wahlakt aufgerufen haben“. Plattner an Himmler: „Ich habe in einem Schreiben an die Dekane der drei weltlichen Fakultäten . . . gegen diesen Vorgang Stellung angenommen und ihn als unnationalsozialistisch abgelehnt.“⁹⁷ Himmler wird sich geärgert haben, daß er seinerzeit nicht Plattner, sondern Christian in seinen Wissenschaftsverein gerufen hatte. Dazu muß man allerdings wissen, daß Christian schon längst nicht mehr als Konfident des „Ahnenerbes“ in Wien galt. Bis Ende 1941 hatte er sich genötigt gefühlt, als Hauptsturmführer der SS für die jüdische Schwiegermutter seines Kollegen Josef Weninger einzutreten, die sich damals gerade „zum Abtransport aus Wien“ bereithalten mußte. Im März 1942 erhielt der Professor von Sievers einen schweren Verweis, der ihn schließlich zwang, „das Unrichtige seines Handelns“ einzusehen⁹⁸.

Kurator Wüst will seinen Wiener Kollegen in der Angelegenheit damals gestützt haben⁹⁹. Das erscheint heute selbst im Licht dessen, was man sonst über den Münchener Indogermanisten weiß, als einigermaßen glaubwürdig. Denn bezeichnenderweise spielte auch Wüst an der Universität München nicht die Rolle eines Erz-Apostels der SS, wenn er auch, wie ein früherer Kollege versichert, „sehr scharf“ gewesen sein soll¹⁰⁰. Die Bemerkung zielt auf das Rektorenamt, das Wüst in München seit Juli 1941 bis Kriegsende bekleidete¹⁰¹. Nun mag man meinen, daß gerade diese Schlüsselstellung für Himmler einen unschlagbaren Trumpf bedeutet hätte. Tatsächlich gingen der Bestallung Wüsts auf diesen wichtigen nationalsozialistischen Führer-Posten auch längere Gespräche mit den „Ahnenerbe“-Vertrauten im REM voraus, insbesondere mit Heinrich Harmjanz¹⁰². Und doch weist heute nichts darauf hin, daß es sich bei diesen Kontakten um etwas anderes als Routine-Besprechungen gehandelt hätte. Ja die Akten lassen erkennen, daß die Initiative zu Wüsts Rektorenwahl nach dem Tode von Rektor Broemser vom Lehrkörper der Universität ausgegangen ist, wenngleich die Partei dem SS-Führer Wüst ihre Unterstützung in der Angelegenheit gewiß nicht versagte¹⁰³.

Zwar findet man in Rektor Wüsts Antrittsrede die üblichen propagandistischen Wendungen, etwa, daß „unsere deutsche Universität wesentlich stärker denn bisher als indogermanische Forschungsstätte höchsten Ranges ausgebaut werden könnte“, auch die Absage an die „Humanistische Fakultät“ vergangener Zeiten sticht unangenehm ins Auge¹⁰⁴. Doch über den nun zu erwartenden SS-Einfluß an der Münchener Hochschule findet man nichts. In Wahrheit hat Wüst in der Folgezeit diesen Einfluß kaum geltend gemacht, was einerseits auf die schon erwähnte professorale Gruppensolidarität zurückzuführen ist, die auch in Wüst den Gelehrten früherer Jahre ansprach. Zum anderen aber begann Wüst damals schon in der Forschungsgemeinschaft Himmlers das Übergewicht an Sievers zu verlieren, der den Kurator als Machtfaktor bis 1945 völlig überrunden sollte, wovon noch zu sprechen sein wird¹⁰⁵. Obschon Wüst sich auch als Rektor zu offiziellen Anlässen gern in

seiner SS-Uniform zeigte, etwa während seines Besuches 1941 bei der Dante-Gesellschaft in Rom¹⁰⁶, gehörte der Professor innerhalb der engsten SS-Zirkel nicht mehr in dem Maße zum Stamm wie am Anfang seiner NS-Karriere. Einer möglichen SS-Politik des Rektors Wüst an der Münchener Universität stand eben die mehr oder weniger konstante Hochschulverfassung entgegen, die sich selbst über den Umweg des nationalsozialistischen Führerprinzips nicht so leicht von SS-Impulsen durchdringen ließ.

In einem einzigen Falle, dem der Geschwister Scholl, dessen Einzelheiten hier vorausgesetzt werden¹⁰⁷, hat Wüst seine Hoheitsrechte als Haupt der Universität ganz den Erfordernissen jenes Regimes untergeordnet, das aufzubauen er geholfen hatte, obschon er schwere Gewissensbisse deswegen gehabt zu haben scheint¹⁰⁸. Nach dem Zeugnis des Universitätspedells Jakob Schmid, der die Geschwister Scholl am 18. Februar 1943 im Jurisdiktionsbereich der Münchener Universität verhaftete¹⁰⁹, war es Rektor Wüst, der in geteilter Verantwortung¹¹⁰ mit Syndikus und Hausverwalter die Gestapo benachrichtigte und so aus der Sache erst einen hochpolitischen Fall machte¹¹¹. Mehr noch: es war Wüst, der als Vorsitzender eines Universitätsausschusses Prof. Kurt Huber, dem Mentor der Scholl-Gruppe, am 8. März 1943 die Münchener Doktorwürde wegen „staatsfeindlicher Betätigung“ aberkannte¹¹². Zeigte Wüst sich hier in der Rolle des Unerbittlichen, weil er wußte, daß seine Stellung in der Schutzstaffel damals wahrlich nicht mehr die festeste war?

Von dieser krassen Ausnahme abgesehen, hat Wüst sich im großen und ganzen als Verfechter der alten Hochschultradition erwiesen. Gerüchten, denen zufolge die Münchener Universität Anfang 1942 aus Kriegsgründen geschlossen werden sollte, ging er so entschieden auf den Grund, daß Ministerialdirektor Mentzel vom REM beruhigende, wenn auch nicht gänzlich bindende Zusicherungen gab¹¹³. Im Herbst 1944, als die Zukunft der Münchener Hochschule abermals auf dem Spiel stand, intervenierte Rektor Wüst wiederum erfolgreich, diesmal bei dem stellvertretenden Gauleiter Giesler¹¹⁴. Es spricht für Wüst, daß um die gleiche Zeit der durch einen REM-Erlaß vom 29. April 1944 vorgeschriebene Rektorenwechsel vom Münchener Lehrkörper mit der Begründung abgelehnt wurde, daß Wüsts Amtsführung nach wie vor „von allgemeinem Vertrauen getragen“ sei¹¹⁵.

Im Kreise seiner Kollegen hatte Wüst sich bis Herbst 1944 hauptsächlich in der Angelegenheit der aufgelösten katholischen Lehrstühle verdient gemacht. Die Episode reicht in die Zeit vor Wüsts Amtsantritt zurück. Er war unter dem Rektorat Broemser 1939 bereits Dekan der Philosophischen Fakultät, als Anfang des Jahres in Berlin die Auflösung der Katholischen Fakultät in München beschlossen wurde. Die Maßnahme war Bestandteil einer durch gewisse Kreise der NSDAP von langer Hand geplanten Generalaktion, die in der Geschichte des deutschen Kirchenkampfes heute als Manifestation einer entscheidenden Zuspitzung der Gegensätze zwischen Kirche und Regime interpretiert wird. Bormann und Rosenberg, die fanatischsten Verfechter dessen, was zeitgenössisch als „Entklerikalisierung“ bezeichnet wurde, waren es, die trotz Konkordat und Gründung einer protestantischen „Deutschen Christengemeinde“ (1933) um 1938 beiden religiösen Richtungen verschärfte Kampf ansagten, besonders aber den Katholiken¹¹⁶. Beide Reichsleiter waren der Meinung, gerade den katholischen Priesternachwuchs eindämmen zu müssen, das vermochten sie aber nur durch Erdrosselung der katholischen Hochschulseminare.

Dazu wiederum benötigten sie die Hilfe des Kultusministers Bernhard Rust, dem alle Hochschulen des Reiches formell unterstanden. Am 24. Januar 1939 legte Bormann daher in einem Schreiben an Rust offiziös die Parteimeinung dar. Theologische Forschung sei nicht „freie Wissenschaft“, sondern „konfessionelle Zweckforschung“. Es wäre demnach zu begrüßen, „wenn die theologischen Fakultäten an den deutschen Hochschulen wesentlich eingeschränkt werden“. Gerade bei den katholischen Fakultäten, die im Konkordat mit dem Vatikan ausgenommen worden seien, könne eine Beseitigung „ohne weiteres“ in die Wege geleitet werden. München wurde hier an erster Stelle genannt. Wirksamer noch als eine Politik der Einschränkung sei allerdings eine völlige Demolierung, meinte Bormann¹¹⁷.

Der willensschwache Rust, dessen Ministerium sich arbiträren Eingriffen von seiten der Partei seit Jahren widersetzt hatte, war hin und her gerissen. Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte er die katholischen und besonders die evangelischen Fakultäten wohl bestehen lassen¹¹⁸. Indessen waren ihm nicht nur durch Rosenberg und Bormann die Hände gebunden. Denn im Februar meldete auch Gestapo-Chef Heydrich ideologische Ansprüche an. Am 21. ließ er dem REM-Amtsleiter Wacker mitteilen, es sei unerlässlich, im Sinne der „Trennung von Kirche und Staat“ den noch bestehenden Apparat von staatlichen theologischen (katholischen) Fakultäten und philosophisch-theologischen Hochschulen „planmäßig abzubauen“. Gewiß sei es ohne weiteres möglich, katholische Lehrstühle „um die Hälfte zu reduzieren“¹¹⁹. Eingedenk der guten Beziehungen zwischen SS und REM mußte Rust handeln, selbst wenn er dadurch Gefahr lief, dem wenig geschätzten Rosenberg den Ball zuzuspielen. Und so verfaßte der Kultusminister, der sechs Jahre zuvor in einem Gespräch mit dem Osnabrücker Bischof Berning als großmütiger Verhandlungspartner in Dingen katholischer Erziehung posiert hatte¹²⁰, im April 1939 einen Plan, der die Schließung einiger katholischer Hochschulfakultäten bzw. ihre Zusammenlegung mit anderen vorsah. In Bayern sollten, nach Schließung der Münchener, von den verbliebenen fünf theologischen Staatsfakultäten noch zwei geschlossen werden¹²¹. Im Juni drang Bormann zwar wieder auf Auflösung sämtlicher religiöser Fakultäten im Reich¹²²; doch zur Entscheidung ist Bernhard Rust dann doch nicht mehr getrieben worden, da ein weiteres Schreiben Bormanns nach Kriegsbeginn den einstweiligen Aufschub der Gesamtmaßnahmen anriet¹²³.

Schon der Gestapo-Gutachter hatte empfohlen, „die freiwerdenden Professuren für andere Gebiete an anderen Fakultäten zu verwenden, die für die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes von fundamentaler Bedeutung sind“¹²⁴. Mit dieser Ansicht stand die Staatspolizei nicht allein. Rosenberg, seit Beginn der Aktion von Bormann ständig konsultiert¹²⁵, gedachte nämlich seinerseits die bevorstehende „Streichung der theologischen Lehrstühle“ für eigene Zwecke zu nutzen¹²⁶. Er hatte sich schon mit dem Münchener Gauleiter Adolf Wagner abgesprochen, daß gerade die Ordinariate Münchens seiner „Hohen Schule“ einzuverleiben seien¹²⁷; Bormann war mit dieser Regelung grundsätzlich einverstanden. Im Herbst 1939, nach Stilllegung der katholischen Fakultät, begann das Tauziehen im Rektorat der Münchener Universität. Über die nächsten Monate versuchte diese zu verhindern, daß Rosenberg die freigewordenen Lehrkanzeln zum Aufbau eines „Hohe-Schule“-Instituts „zur Erforschung der arischen Geistesgeschichte“ unter der Leitung des Kieler Altphilologen Richard Harder benutze¹²⁸. Im Zuge der langwierigen Auseinandersetzungen ließ Dekan Wüst seine SS-Beziehungen spielen und schickte

„Ahnenerbe“-Reichsgeschäftsführer Sievers ins Reichserziehungsministerium, um sich bei Ministerialdirektor Mentzel Hilfe zu holen¹²⁹. Derartiges aber war dazu angetan, das Bündnis zwischen REM, Universität und, soweit die SS sich hineinmischte, dem „Ahnenerbe“ auf natürliche Weise zu fördern. Harder, gegen den die Münchener Professoren nach fachlichen Gesichtspunkten an sich nichts einzuwenden hatten¹³⁰, arrangierte sich im Dezember 1940 schließlich hinter dem Rücken Rosenbergs mit Dekan Wüst und dessen Prodekan Dirlmeier¹³¹, und zum Wintersemester 1941 etablierte sich der Kieler als neuer Inhaber des Lehrstuhls für Klassische Philologie an der Münchener Hochschule. Rosenbergs neues Institut dirigierte er zwar auch, aber außerhalb der Universität¹³². Von der Bestallung der übrigen Rosenberg-Adepten, alle mit zweifelhaftem Ruf, war nicht mehr die Rede¹³³.

Spätestens im August 1941 muß der Reichsleiter das Spiel seiner Widersacher durchschaut haben. Walther Wüst war gerade Rektor geworden, da machte Rosenberg seinem Unmut in einem Brief an Bormann Luft: „Es ist genau der alte Gelehrtenklüngel, der jetzt empört ist, daß endlich von der NSDAP. eine systematische Forschungstätigkeit beginnt. Wir werden es später erleben, daß dieser ganze Klüngel zusammen mit einigen dilettantischen Persönlichkeiten aus unserem eigenen Lager gegen die Hohe Schule zwar nicht öffentlich Sturm laufen wird, aber mit allen Mitteln bürokratischer und sonstiger Fakultätsbedrückung die Arbeit der Hohen Schule und ihrer Außenstellen zu unterminieren suchen wird.“ Das waren prophetische Worte! Und zwar gab es für Rosenberg gar keine Zweifel darüber, wer unter den Bösewichtern künftig zu finden sein würde. „Ich glaube fast, daß hier auch Professor Wüst mit dabei sein wird. Es war nämlich charakteristisch, daß er seine Antrittsrede als Rektor der Münchener Universität gerade dem Thema widmete, das den Inhalt der Forschungsstätte der Außenstelle der Hohen Schule in München betrifft, nämlich indogermanische Geistesgeschichte . . . Der Versuch war hier offenkundig: dem kommenden Institut der Hohen Schule von vornherein gleichsam den Wind aus den Segeln zu nehmen.“¹³⁴

Damit hatte Rosenberg an den Kern einer Auseinandersetzung zwischen Partei und Universität gerührt, die damals für beide Seiten von prinzipieller Bedeutung war. Schon seit 1938 verfocht der Reichsleiter, angeblich vom Führer dazu ausdrücklich autorisiert, einen Alleinanspruch auf weltanschaulich gelenkte Wissenschaft, der jeder Art von objektiver Forschung alten Stils die Daseinsberechtigung nahm. Anders als Himmler, empfand Rosenberg keine heilige, wiewohl heimliche Scheu vor den Qualifikationen international bekannter deutscher Gelehrter. Anders als Himmler, wollte Rosenberg, der im Grunde so recht den anti-intellektuellen Charakter des Regimes verkörperte, den alten Hochschulen gnadenlos den Garaus machen, indem er sie durch rivalisierende Gegeninstitutionen allmählich zerdrückte. Mehr noch als bei Himmler, sollte unter Rosenberg die Wissenschaft rücksichtslos in den Dienst ideologischer Zweckforschung gestellt und damit auch von der Thematik her erheblich eingeschränkt werden. Rosenberg war in der Wahl jener Disziplinen, die er für seine Zwecke gerade noch zu akzeptieren geruhte, überaus kleinlich. Lediglich Fragestellungen unter einem unverhüllt rassistischen Gesichtspunkt vermochte er rückhaltlos anzuerkennen. In einer Rede in der Martin-Luther-Universität zu Halle erwähnte er am 16. Februar 1938 die folgenden: „Was bedeutet rassengeschichtlich das Wort vom Untergang der antiken

Welt?“; „Wodurch wurde der Jude zum Parasiten am Körper Europas?“; „Wie stehen heute nordische und orientalische Werte zu einander?“ oder „Welche Bedrohungen entstehen den heutigen Staaten durch dauernde Rassenmischungen?“¹³⁵ Diesen Problemen entsprechend gedachte er seit 1938/39 spezielle „Institute“ seiner „Hohen Schule“ einzurichten, und zwar: für Rassenkunde (in Stuttgart), für Juden- und Freimaurerfragen (in Frankfurt am Main), für Fragen völkischer und sozialer Lebensräume in Übersee (in Hamburg), für Religionswissenschaft (in Halle), für Ostforschung (in Prag), für germanische Forschung (in Kiel), für germanisch-gallische Beziehungen (in Straßburg), für deutsche Volkskunde (in Detmold-Münster). Daneben plante er das bewußte Institut für arische Geistesgeschichte in München¹³⁶. Daß die Lehrpläne dieser „Institute“ im wesentlichen universitätsfremd, weil eben gänzlich auf Schulung zugeschnitten sein mußten, liegt auf der Hand. War die weltanschauliche Schulung im Sinne der NSDAP – neben der Verdrängung der alten Universitäten – doch der Hauptzweck des gesamten Unternehmens¹³⁷.

Das Ziel einer Bekämpfung der alten Universitäten ist von Alfred Rosenberg niemals offen beim Namen genannt worden; mithin wird man auch vergeblich nach entsprechenden Phrasen in den Akten suchen. Gleichwohl läßt sich diese Absicht zwischen den Zeilen schon herauslesen. So heißt es in einem bereits 1938/39 verfaßten Plan, „Grundlinien des Aufbaus der Hohen Schule“: „Würde sich der Nationalsozialismus darauf beschränken, lediglich eine Lehre für die Schulung auszubilden, so geriete er in bezug auf die geistigen Grundlagen dieser Schulung in Abhängigkeit der außerhalb seiner an den Universitäten und Akademien betriebenen Forschung. Die Schulung müßte, um sich auf der Höhe der Forschung zu halten, fortlaufend Anleihen bei einer Wissenschaft machen, die noch keineswegs gewillt ist, den Nationalsozialismus als geschichtliches Ereignis zur Kenntnis zu nehmen. Das müßte zu zahlreichen Unzuträglichkeiten führen.“¹³⁸ Aus diesen Sätzen spricht das allenthalben für die NSDAP und das Gros ihrer Gliederungen charakteristische Mißtrauen gegen die deutschen Universitäten und die an diesen noch weitgehend geförderte vorurteilsfreie Wissenschaft. Jene mußten daher den Gründungsbeschluß für Rosenbergs „Hohe Schule“, der, den Akten des Amtes Rosenberg zufolge, von Hitler persönlich am 29. Januar 1940 ausgegangen war¹³⁹, als eine Kampfansage auf Leben und Tod betrachten. Daher auch der erbitterte Widerstand der Universität München gegen den Versuch des Reichsleiters, seine „Hohe Schule“ in dieser ehrwürdigen Institution bis auf weiteres nisten zu lassen.

Strebte die SS ursprünglich danach, sich die Universitäten von innen her zu sichern, so erblickte Rosenberg in der partiellen Besetzung der Hochschulen durch Verankerung seiner „Hohe-Schule“-Institute dort lediglich den ersten Schritt zur gewalttätigen Sprengung der Universitätsstruktur schlechthin. Die Problematik einer Angleichung der „Hohe-Schule“-Lehrer an die Universitäten aus taktischen Gründen ist im Amt Rosenberg von 1938 bis 1943 wiederholt erörtert worden¹⁴⁰, wobei gerade der Leiter des „Aufbauamtes der Hohen Schule in Vorbereitung“, Dr. Alfred Baeumler, als alter Universitätsprofessor und konservativer Parteigänger Rosenbergs sich sowohl der Vorteile wie der Nachteile bewußt gewesen sein dürfte. Die letzteren sah er, nach einer Übernahme der „Hohe-Schule“-Mitglieder als Universitätslehrer in Personalunion, dann doch in einer möglichen Einengung des „dynamischen“ Lehrprinzips durch die bürokratischen Praktiken der alten

Fakultäten. Das würde auf eine fatale Gefährdung des Primats Reichsleiter Rosenbergs hinauslaufen. Im Juli 1941 rang Baeumler sich daher schon wieder zur anfänglichen Idee einer offenen Konfrontation zwischen Universität und „Hohe-Schule“-Institut („Außenstelle“) durch. Mithin habe ein Außenstellen-Direktor „seine akademischen Erfahrungen und seine taktische Geschicklichkeit restlos der Dienststelle [Rosenbergs] zur Verfügung zu stellen. Die Außenstelle muß der Universität als eine geschlossene politische Einheit gegenüberreten.“ Damit war jedoch das Prinzip einer aktiven Beeinflussung der Universitäten, und zwar im Sinne einer militanten Bevormundung, nicht unbedingt aufgegeben. „Die Hohe Schule mit ihren Außenstellen ist gegründet worden, um die Wissenschaft, die an den Universitäten mit ihren erstarrten Überlieferungen weltanschaulich nicht vorwärts kommt, in Bewegung zu setzen. Gerade den Außenstellen kommt die Aufgabe zu, das falsche Dogma einer Entgegensetzung von Nazismus und Wissenschaft durch die Tat aufzuheben. Es kommt gerade darauf an, daß die Universitätsprofessoren langsam lernen, es genügt noch nicht, wenn einzelne Fakultätsmitglieder das Parteiabzeichen tragen, oder sogar ehrliche Nationalsozialisten sind. Die Aufgabe ist, unter der geistigen Führung des Reichsleiters vorhandene Ansätze zu entwickeln, und eine wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit zu organisieren, die weltanschaulich klar ausgerichtet ist.“¹⁴¹ Mag man heute im Zuge der Nachkriegsdiskussion, die sich an der Frage der nationalsozialistischen Gleichschaltung deutscher Hochschulen entzündet hat, allenthalben der Meinung sein, die Universität samt ihrem Lehrkörper sei dem Regime Hitlers unwiderruflich verfallen gewesen¹⁴², so ist doch gerade dieser Ausspruch Baeumlers Beweis genug dafür, daß man zumindest im parteigebundenen Kreise Rosenbergs selbst nach einer positiven Einschätzung der nationalsozialistischen Professoren dachte, die Universität sei noch nicht „braun“ genug. An den Hochschulen hat Rosenberg sich letzten Endes auch nicht festsetzen können; nur in einem Falle durfte er in Halle, ob seiner guten Beziehungen zur Magnifizienz Weigelt, eine religionswissenschaftliche Außenstelle an der Universität errichten¹⁴³. Und daß er die übrigen Universitäten nicht zertrat, dafür sorgten hauptsächlich die Fakultäten selbst, und, im Bunde mit ihnen, das Reichserziehungsministerium und notgedrungenermaßen auch das „Ahnenerbe“.

Was die Forschungsgemeinschaft Himmlers angeht, so wäre diese freilich auch ohne jene durch die Hochschulsituation geschaffenen Komplikationen zur „Hohen Schule“ Rosenbergs in eine Frontstellung geraten. Das lassen die vorhandenen Beispiele erkennen, die im Rahmen des natürlichen Spannungsverhältnisses zwischen „Ahnenerbe“ und Amt Rosenberg gleichsam Routine-Charakter tragen. Daß in der „Ahnenerbe“-Reichsgeschäftsführung die „Hohe-Schule in Vorbereitung“ auf der Schwarzen Liste stand, war geradezu Ehrensache. „Diese Stelle bekommt überhaupt nichts geliefert – weder Prospekte noch sonst irgend etwas“, hieß es nach einer „Ahnenerbe“-Verlagsbesprechung im Juli 1942 in Berlin¹⁴⁴. Ansonsten zeigte man jedoch schon aus strategischen Gründen Interesse daran, gewisse Mitarbeiter der „Schule“ abzuwerben¹⁴⁵. Kritisch wurde es in den Beziehungen zwischen den rivalisierenden Institutionen erst, als der bedenkliche Fortgang des Krieges schließlich doch zu Einschränkungen im Reich zwang. Hatte SS-Gruppenführer Berger Ende 1942 noch hoffnungsvoll geschrieben: „Nach vielen Kinderkrankheiten beginnt nun das ‚Ahnenerbe‘, sich langsam aber sicher ein Ansehen zu verschaffen. Es muß in kürzester Frist soweit kommen, daß es die Hohen Schulen des Reichs-

leiters Rosenberg weit überflügelt, und zu *der* nationalsozialistischen Forschungsstelle wird¹⁴⁶, so betonte Rosenberg doch im Frühjahr des darauffolgenden Jahres in einem Brief an Bormann, daß sein „Aufbauamt“ gegenüber dem „Ahnenerbe“ bei möglicher Drosselung nicht benachteiligt werden dürfe. Pg. Berger sei auch schon dementsprechend unterrichtet worden¹⁴⁷. Berger schrieb an Sievers, nun etwas pikiert, Rosenberg sei verärgert, daß das „Ahnenerbe“ ruhig weiter aufbaue. Dann riet er, wenn auch nicht zum Abbau, so doch zur Einschränkung, sonst käme der Reichsführer in „eine furchtbar peinliche Lage“¹⁴⁸.

Walther Wüst aber wurde seit der Affäre Harder die Rolle eines Protector universitatis an der Münchener Hochschule gewissermaßen aufgezwungen; ob er es wollte oder nicht, Fakultätsmitglieder erblickten in ihm einen Repräsentanten jener alten Ordnung, die Rosenberg zu zerstören suchte. Der Reichsleiter bediente sich dabei mehr und mehr einer Organisation, die er vor dem Kriege noch heftig befehdet hatte, die ihm aber seit dem 2. Dezember 1941 völlig hörig war¹⁴⁹: des NSD-Dozentenbundes unter Prof. Dr. Walter Schultze. Das war insofern von Wichtigkeit, als der NSD-Dozentenbund seit 1938 als einzige parteiamtlich sanktionierte professionelle Vereinigung aller deutschen Hochschullehrer das Vorrecht besaß, bei der Berufung neuer Lehrstuhlinhaber mitzuwirken¹⁵⁰. Gerade dieses Privileg hat sich Rosenberg seit 1941 durch Einschaltung seines innerhalb seiner Dienststelle bestehenden „Amtes Wissenschaft“ in zunehmendem Maße zunutze gemacht¹⁵¹, mehr im destruktiven als im konstruktiven Sinne, obschon er selbst dann mit seinem Einfluß im Reichserziehungsministerium wenig ausrichtete¹⁵². Doch als Waffe gegen alte Feinde, d. h. gegen alle feindlich eingestellten Professoren, war der NSD-Dozentenbund noch immer gut genug. Das sollte vor allen Rektor Wüst erfahren. 1940 gab er, zusammen mit einigen anderen Gelehrten des Reiches, ohne vorherige Billigung des auch damals von Rosenberg unter Druck gesetzten NSD-Dozentenbundes im Stuttgarter Kohlhammer-Verlag einen sog. „Deutschen Wissenschaftlichen Dienst“ heraus. Sofort verbot die NSD-Dozentenbundführung jedem ihrer Mitglieder die Mitarbeit an diesem Blatt, was allerdings nicht genügte, Verlag und Herausgeber zur Aufgabe des Unternehmens zu bewegen. Schultzes Gegnerschaft zu Wüst besonders seit dieser Zeit ist verbürgt¹⁵³. Danach taten auch „Ahnenerbe“-Gelehrte gut daran, sich bei Tagungen des NSD-Dozentenbundes genau umzuschauen, um gegen eventuelle Angriffe aus dem Rosenberg-Lager gewappnet zu sein¹⁵⁴.

In dem Maße, wie Rektor Wüst die legitimen Ansprüche der Universitätsfakultäten und damit auch die Position des Reichserziehungsministeriums stützte, neutralisierte er zwangsläufig die ursprünglich von der SS ausgehende Wissenschaftspolitik, die ja, wenn auch nicht die Zerstörung, so doch die ideologische Umbiegung der deutschen Hochschulen zum Gegenstand gehabt hatte. Mithin kompromittierte Wüst sein Amt als Kurator des „Ahnenerbes“ der SS, jener Institution, die Himmler zur politischen Wissenschafts-Steuerung im Reich dienen sollte. Dennoch war es damals nicht für alle offenbar, daß Wüst seiner Doppelrolle nicht gewachsen war, schon deshalb nicht, weil das „Ahnenerbe“ selbst ein gut Teil dazu beitrug, daß das dynamische Hochschulkonzept der SS weitgehend unberücksichtigt blieb. Durch sein 1936 mit dem REM begonnenes Bündnis hatte das „Ahnenerbe“ anfänglich gehofft, Rusts Ministerialen für die Zwecke der SS einzuspannen zu können. In gewisser Weise war ihm das auch gelungen. Mit der Zeit allerdings erwies sich, daß

die Beziehungen zwischen „Ahnenerbe“ und REM reziprok waren insofern, als auch das REM nicht davor zurückschreckte, die SS für seine, vergleichsweise konservativen Ziele einzuspannen. Das „Ahnenerbe“, im Machtkampf der NS-Führer auf die Ministerialbürokratie Rusts angewiesen, hatte keine Wahl. Es half auch im Falle des Münchener Hochschulnotstandes; gefestigt aber wurde der Status quo. Und zwar selbst dann, als anlässlich der Eröffnung des Tibetinstituts in München zur Diskussion stand, Heinrich Himmler zum Ehrensenator der Münchener Universität zu ernennen¹⁵⁵. Doch sich in der Öffentlichkeit derartig zu exponieren, das war nicht nach des Reichsführers Geschmack; SS und Polizei wirkten am effektivsten hinter den Kulissen des Regimes. Hierin unterschied sich Himmler von Rosenberg, der keine Gelegenheit vorüberstreichen ließ, sich anlässlich kultureller Veranstaltungen im Reich offiziös in Szene zu setzen¹⁵⁶. Himmler, der bei Außenstehenden gern die Fama verbreitete, es ginge über seine Zuständigkeit hinaus, „in die Ordnung des deutschen Hochschulwesens einzudringen“¹⁵⁷, was nach formalen Gesichtspunkten gewiß richtig war, hatte schon im Herbst 1938 gezögert, eine öffentliche Ehrung seitens der Deutschen Akademie anzunehmen¹⁵⁸, der Wüst damals als Stellvertretender Präsident vorstand.

Die Vermutung, daß Wüst auch in dieser Position als wissenschaftstechnischer Steuermann von der Schutzstaffel in die vordersten Linien des reichsdeutschen Kulturkampfes vorgeschickt werden sollte, bietet sich an. Darauf deutet zumindest der offizielle Schriftwechsel. Die „Akademie zur Wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums – Deutsche Akademie“¹⁵⁹ galt allerorten als vorzüglicher Tummelplatz ehrgeiziger Nationalsozialisten. Sie war unter der aktiven Mitwirkung des Generals a. D. Prof. Dr. Karl Haushofer am 5. Mai 1925 als eine bewußt völkische Institution in München eröffnet worden; jahrelang hielt sie sich unter privaten Auspizien. Erst nach 1935 geriet sie zusehends unter die Kontrolle der Nationalsozialisten. Besonders Rudolf Heß, der persönliche Freund Haushofers, interessierte sich für die Akademie und gefiel sich bald als eine Art Schutzherr, obwohl die Akademie damit auch jetzt noch nicht gänzlich der NSDAP gleichgeschaltet war. Doch schon 1936 befand sich die Institution in großen finanziellen Schwierigkeiten und damit in Gefahr, von Partei oder Staat aufgesogen zu werden. Da sie sich vornehmlich mit der Pflege deutscher Kultur im Ausland beschäftigte, zeigte sich besonders das Auswärtige Amt, aber auch das Büro Ribbentrop, an einer Übernahme interessiert¹⁶⁰. Im April 1937 erreichte die Geschichte der Akademie unter der stürmischen Präsidentschaft Haushofers (seit 1934) einen Höhepunkt: nach einer internen Führungskrise verzichtete Haushofer auf Wiederwahl und überließ die Akademie ihrem Schicksal. Aus bisher nicht gänzlich ermittelten Gründen¹⁶¹ erhielt Dekan Prof. Wüst dann ein Präsidentschaftsangebot; das „Ahnenerbe“ erblickte darin augenblicklich eine Chance, der Wissenschaftspolitik des Reichsführers-SS Vorschub zu leisten. An Himmler schrieb Reichsgeschäftsführer Sievers, selbst wenn Wüst nur Zweiter Präsident werde, so genüge das, „um den maßgebenden Einfluß sicherzustellen“¹⁶². Erster Präsident wurde dann auch nicht Wüst, sondern der damalige Münchener Rektor Kölbl als Kandidat des Stellvertreters des Führers; seit der Zeit war der Einfluß der NSDAP in der Akademie nicht mehr aufzuhalten. Wüst aber war auf den von Sievers angepeilten Posten gelangt; er hielt ihn auch noch 1939, als Kölbl durch den bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert ersetzt wurde¹⁶³.

Entgegen den Erwartungen Sievers' hat aber Prof. Wüst die Akademie nicht zur Hochburg der Schutzstaffel gemacht. Ja von wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten her gesehen, konnte seine Stellung dort dem Reichsführer-SS bald ziemlich gleichgültig sein, wobei natürlich zu bedenken ist, daß die Akademie auf die Erziehungs- und Wissenschaftsabläufe im Reich so gut wie keinen Einfluß gehabt hat, wohl aber beispielsweise das 1932 von ihr gegründete „Goethe-Institut“ in München und Sprach-„Lektorate“ im Ausland kontrollierte¹⁶⁴. So vermochte man Wüsts Position ein gewisses Maß an Prestige auch keineswegs abzusprechen. Aus diesem Grunde meldete sich im Herbst 1940 schon Reichsleiter Rosenberg wieder, um den Dekan von seinem Posten zu verdrängen. Bezeichnend ist, daß Himmler in diesem Falle sogleich bereit war, Wüst auf dem Altar der Politik zu opfern, ohne ihn in der Angelegenheit überhaupt um seine Meinung zu fragen. Im Interesse einer engen Zusammenarbeit zwischen der „Hohen Schule“ und der Deutschen Akademie, schrieb Rosenberg an Heß, sei Prof. Harder in die Akademie zu berufen. „Hier steht nun die Persönlichkeit von Professor Dr. Wüst zur Debatte“ – Rosenberg erblickte in Wüst eindeutig den Vertreter des „Ahnenerbes“ in der Akademie, dem er aber, wie schon früher, jede parteiamtliche Qualifikation absprach. Der Reichsleiter schlug vor, die Aufsichts Kompetenzen über die Akademie unter Auswärtigem Amt, Reichserziehungsministerium und – nach Einbau Harders – „Hoher Schule“ aufzuteilen; Siebert müsse dazu überredet werden¹⁶⁵. Himmler hörte davon und wirkte im Januar 1941 auf Wüst ein, bei Siebert um Abdankung nachzusuchen. Der Reichsführer schrieb Wüst sogar den Wortlaut seines Briefes vor: „Da die von Ihnen und dem Reichsleiter Rosenberg angebahnte Zusammenarbeit zwischen der Hohen Schule und der Deutschen Akademie zwangsläufig durch meine Person erschwert wurde, ist es für mich eine Selbstverständlichkeit . . . [usw.], daß ich mich entschlossen habe, mein Amt als Stellvertretender Präsident der Deutschen Akademie niederzulegen.“¹⁶⁶ Sechs Tage später kopierte der Professor diesen Text für seinen Brief an Siebert wortwörtlich¹⁶⁷. Siebert nahm jedoch den Rücktritt nicht an¹⁶⁸; die Argumente Rosenbergs dürften ihm kaum eingeleuchtet haben. In der Folgezeit versuchte Rosenbergs Vertreter Baeumler, Siebert davon zu überzeugen, daß in der Akademie „da und dort stark liberale Kräfte vergangener Zeiten mitwirkten“¹⁶⁹, zweifellos eine böswillige Anspielung auf die konservative Wissenschaftseinstellung Walther Wüsts. Nachdem die Akademie laut Führererlaß vom 15. November 1941 eine Körperschaft des öffentlichen Rechts geworden war¹⁷⁰, wurde sie für den Reichsleiter als potentielles Anhängsel der „Hohen Schule“ noch attraktiver¹⁷¹. Nach dem Tode Sieberts im November 1942 erwog er die Nachfolge in der Führungsspitze erneut: diesmal wollte er den stellvertretenden Gauleiter Giesler zum Präsidenten ernennen lassen, ansonsten aber seine alten Paladine Groß und Harder vorschicken¹⁷². Und obwohl auch das „Ahnenerbe“ damals erwog, seine Operationsbasis in der Akademie durch Einschleusung des hochschulpolitisch ambitionierten Pläßmann zu verbreitern¹⁷³, verlor diese Institution damals doch für Rosenberg wie für Himmler an Bedeutung. Denn die Akademie wurde immer mehr in die Interessensphäre des Reichspropagandaministeriums hineingezogen, was im Februar 1944 dadurch seinen sinnfälligen Ausdruck fand, daß Dr. Joseph Goebbels, neben dem Stellvertretenden Präsidenten Wüst, der feierlichen Inauguration des letzten Präsidenten, Dr. Seyß-Inquart, beiwohnte¹⁷⁴.

So hatte Wüst also auch in diesem Territorium eine seltsame Unfähigkeit als Fah-

nensträger der Schutzstaffel bewiesen. Indessen: welches Wissenschaftsprinzip sollte Wüst eigentlich verfolgen, wenn die SS selbst noch nicht einmal in der Lage war, ihre Planungen in großen Zügen aufzuzeichnen? Ihre Konzeptionen waren so vage wie ehemals. Man wußte: junger, SS-mäßig ausgerichteter wissenschaftlicher Nachwuchs war vonnöten, um an den Universitäten Lehrkanzeln zu besetzen und für nachrückende Wissenschaftskader zu sorgen. Dafür bedurfte man aber einer genügend großen Anzahl junger Wissenschaftler, die nach herkömmlichen Maßstäben qualifiziert waren, um überhaupt erst in die Universitäten einzudringen. Und an diesen fehlte es. Nach welchen Kriterien aber sollten die Studenten an den Universitäten immatrikuliert werden? Woher wollte man sie nehmen? Hierüber hatten sich die Bildungsexperten des „Ahnenerbes“ vor dem Kriege noch gar keine Gedanken gemacht. Erst nach Herbst 1939 erschien Sievers dieses Problem als eine der künftigen Kernfragen; je mehr junge Menschen als Soldaten an den Fronten verbluteten, desto besorgter zeigte sich der Reichsgeschäftsführer. Eingedenk der „Fülle und der Größe der uns schon heute vom Reichsführer-SS für die Zeit nach dem Kriege gestellten Aufgaben“¹⁷⁵ zog Sievers nach dem elitären Selbstverständnis der SS durchaus richtige Schlüsse: jede Elite mußte um ihre Führungsrolle bangen, war die planmäßige Heranziehung junger Spitzenkräfte gefährdet. Diese soziologische Erkenntnis traf auf den Schwarzen Orden ebenso zu wie auf die meisten der von ihm verfolgten religiösen Sekten, insbesondere auf die Ernst-Bibelforscher, denen die Gestapo in geschickter Ausnutzung des Führungsfaktors beizeiten die Kinder zu entreißen wußte¹⁷⁶. Für die Schutzstaffel wurde dieser Faktor nach Kriegsbeginn um so brennender, als sich nun das Reservoir gerade der jungen Intelligenz immer schneller zu erschöpfen schien. Wo früher junge Bürgersöhne aus Abscheu gegen die muffige Welt ihrer Väter oft den Weg in die Schwarze SS gefunden hatten, bot ihnen nach Kriegsausbruch die reguläre Offizierslaufbahn weit mehr Befriedigung als eine abenteuerliche Karriere in der zwielfichtigen Waffen-SS, die, wie die Forschung jüngst hervorgehoben hat, sich zum größten Teil aus der Bauernbevölkerung rekrutierte¹⁷⁷. Diese galt als biologisch wertvoll, brachte aber wenig intellektuelle Voraussetzungen mit, um auch den akademischen Erwartungen für die Spitzengruppe gerecht zu werden.

Immerhin gab es eine Stelle in der SS, an die man sich vertrauensvoll wenden konnte, um der drückenden Nachwuchssorgen Herr zu werden: den Inspekteur der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten. Diese Eliteschulen waren zu Hitlers Geburtstag 1933 von Bernhard Rust gegründet worden, unter Einbeziehung der bisherigen Staatlichen Bildungsanstalten. Bald danach wurden sie zum Objekt SS-gemäßer Erziehungspolitik; bis 1937 gelang es SS-Obergruppenführer August Heißmeyer, damals Chef des SS-Hauptamtes, sich zum Inspekteur der Anstalten aufzuschwingen. Seither betrachtete die SS diese Schulen als ihre eigene Domäne; fortan verzichtete sie auch auf Einflußnahme in irgendeinem anderen Sektor des nationalsozialistischen Schulbildungswesens. Bereits 1938 existierten 21 Schulen der „Napola“; nach 1941 hat Heißmeyer nach eigenem Gutdünken noch weitere geschaffen¹⁷⁸. Im Frühjahr 1942 regte Sievers bei Heißmeyer an, die Lücke zwischen „Napola“ und „Ahnenerbe“ endgültig zu schließen — fürwahr ein naheliegender Schritt. „Da die uns gestellten Aufgaben ohnehin Planungen auf sehr weite Sicht verlangen, würde es sicher erfolgreich sein [!], wenn wir junge Menschen schon in den letzten Jahren ihrer Schulzeit veranlassen, sich für bestimmte Aufgabenge-

biete zu interessieren.“ Dann widmete er sich ernsthaft der Frage, wie die „Jungmänner“ der „Napola“ nach Abschluß ihres Hochschulstudiums gelenkt (d. h. SS-mäßig eingesetzt) werden könnten¹⁷⁹. Es war höchste Zeit. Hatte doch selbst der zurückhaltende Kurator in seiner Rektoren-Antrittsrede ein knappes Jahr zuvor gemahnt, man müsse erwägen, wie der Universität „nicht mehr das humanistische Gymnasium der Renaissance und Romantik, sondern das indogermanistische Gymnasium des völkischen Nationalsozialismus vorauszugehen hätte“¹⁸⁰.

Doch abermals zeigte es sich, daß am Körper der Schutzstaffel die eine Hand nicht wußte, was die andere gerade tat. Das „indogermanistische Gymnasium“, das Rektor Wüst anrief, existierte nicht, auch nicht in Gestalt der „Napola“. Bezeichnenderweise waren diese Anstalten am allerwenigsten in der Lage, sich von den Fesseln der Tradition zu befreien, ja sie empfanden jene alten Bindungen noch nicht einmal als Fesseln. SS-Standartenführer Wüst hätte wissen müssen, daß in den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten ein ausgesprochen humanistisches Bildungsschema vorherrschte: Latein ab Sexta oder Quarta, Griechisch ab Untertertia; in den Anstalten Rottweil und Backnang wurde die humanistische Richtung sogar noch besonders betont¹⁸¹. Wüst hätte auch bekannt sein dürfen, was Heißmeyer im November 1941 an seinen Reichsführer schrieb: Von Himmler habe er vernommen, welchen Wert der Führer auf eine humanistische Erziehung lege und daß Himmler deshalb wünsche, die Mehrheit der „Napola“-Anstalten solle „humanistischen Charakter“ tragen¹⁸². Waren die Kommunikationskanäle innerhalb der SS wirklich so verstopft, daß einer der bildungsbefissensten Funktionäre Himmlers über derartiges nicht auf dem laufenden gehalten werden konnte?

Unter diesen Umständen ist es denn zu der geplanten Zusammenarbeit zwischen „Napola“ und „Ahnenerbe“ niemals gekommen, bemerkenswerterweise auch dann nicht, als das „Ahnenerbe“ unter der Führung Sievers' zeitweilig von seinem ursprünglichen Konzept einer Penetration der alten Universitäten abrückte und die Gründung einer SS-eigenen „Stammuniversität“ ins Auge faßte. Davon sprach man in der Reichsgeschäftsführung seit Frühjahr 1941¹⁸³. In bitterer Erkenntnis des Versagens der bisher geübten Taktik mag man die Anregung dazu von dem mit dem „Ahnenerbe“ befreundeten Salzburger Gauleiter Rainer genommen haben, der sich schon anläßlich der Salzburger Wissenschaftswochen für die Idee einer Wiedereröffnung der Salzburger Universität im Gewand der SS erwärmt hatte; jedenfalls erblickte er wohl seit dieser Zeit im „Ahnenerbe“ den „Treuhandler des Salzburger Universitätsgedankens“¹⁸⁴. Anfang Januar 1941 erwog Rainer im Beisein von Sievers und Wüst die „Übertragung einer mitteldeutschen Universität nach Salzburg“. Und wenn er dabei zunächst an sein eigenes Prestige gedacht habe, so werde die „Durchführung dieses Planes“ doch „nur zusammen mit dem ‚Ahnenerbe‘ erfolgen“¹⁸⁵. Seit Januar 1941 also spukte das Konzept einer „Ahnenerbe“-Universität in den Gehirnen zumindest von Sievers und Schäfer, in den Sommermonaten sprach man auch ganz offen mit Rudolf Mentzel darüber¹⁸⁶. Schäfer war schon deshalb an dem Projekt interessiert, weil er sich, nach dem Einbau seines geplanten Mittlers Institut¹⁸⁷, dadurch eine wesentlich stärkere Führungsposition erhoffte, als sie ihm — wegen der anhaltenden Mißachtung durch Rektor Wüst¹⁸⁸ — an der Universität München zuteil wurde. Der Salzburger Plan zerrann jedoch. Nach dem Kriege haben verschiedene Mitarbeiter der Forschungsgemeinschaft erklärt, Sievers habe für Friedenszeiten an eine SS-Universität, möglicherweise in Prag, gedacht,

ja er sollte sich dafür schon das Amt eines Universitäts-Kurators ausgesucht haben¹⁸⁹. Daß diese Behauptungen nicht aus der Luft gegriffen waren, beweist eine Bemerkung in den Memoiren Alfred Rosenbergs, bereits nach der Amtseinführung Heydrichs im Protektorat habe das „Ahnenerbe“ in Prag eine SS-Universität aufmachen wollen, wobei die Zeitangabe des Reichsleiters etwas ungenau erscheint¹⁹⁰.

Diese Planungen hat das „Ahnenerbe“ jedoch schon bald wieder verworfen. Und zwar möglicherweise unter dem Eindruck eines Geschehens, das seinen Leitern manch eine der früher gehegten Hoffnungen schnell zurückgab: am 27. April 1941 wurde die „Reichsuniversität Posen“ gegründet, am 23. November die „Reichsuniversität Straßburg“¹⁹¹. Diese Ereignisse gaben dem „Ahnenerbe“ neuen Auftrieb, so daß Sievers an seinen Mitarbeiter Gilbert Trathnigg schon Anfang 1941 an die Front schrieb, er solle sich wegen einer Hochschulstellung keine Sorgen machen, der Bedarf an Hochschullehrern sei ja „erheblich gestiegen durch die neuen Universitäten Straßburg und Posen“¹⁹². In den darauffolgenden Wochen verwandelte sich dieser Hoffnungsstrahl dann in feste Zuversicht.

Mit diesen „Reichsuniversitäten“ hatte es seine eigene Bewandnis. Sie galten als die Elite-Schulen höherer Bildung ihrer Zeit. Man erblickte in ihnen „geistige Bastionen des Deutschtums nach Westen und Osten“, ihr Ziel war die „geistige und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit romanischem bzw. slawischem Wesen, Weckung der besonderen Kräfte jener Grenzlandschaften“¹⁹³. Ihre Funktionen waren also in höchstem Maße politisch, wenn es auch hieß, Straßburg glänze durch die Medizin (vornehmlich Wehrmedizin!), Posen durch die Landwirtschaft¹⁹⁴. Gerade in der Universität Posen im Verein mit den alten Ostuniversitäten in Königsberg und Breslau erblickten die Nationalsozialisten nach den Worten des Posener Planungsleiters Hanns Streit „einen festgefügtten Ostwall deutschen Geistes . . ., der slawische Einbrüche für immer wachsam verhindert“¹⁹⁵; demnach wurde Posen, kurz vor dem Einfall Hitlers in die Sowjetunion, in die aktive nationalsozialistische Lebensraumpolitik im Osten ganz bewußt miteinbezogen. Das ließ, wie die ostdeutsche Forschung heute mit Recht betont¹⁹⁶, jede wissenschaftliche Ordinariats-Berufung wie eine politische Proklamation des Regimes erscheinen.

Des „Ahnenerbes“ Zuversicht, in Posen und Straßburg neue Wirkungsstätten aufzubauen und über diese schließlich Einfluß auf die gesamte Wissenschaft im Reich zu nehmen, wich jedoch der Einsicht, daß die neuen Hochschulen vielleicht Elite-Anstalten des Regimes, nicht aber unbedingt solche der Schutzstaffel oder gar des „Ahnenerbes“ darstellen würden. SS-Uniformen sah man am ehesten noch in Posen; dort war auch der Rektor, der Tiergenetiker Prof. Dr. P. J. Carstens, Standartenführer der SS¹⁹⁷, doch mit dem „Ahnenerbe“ hatte er ebensowenig etwas zu tun wie die sog. „Reinhard-Heydrich-Stiftung“, eine ursprünglich aus Prag stammende Forschungsinstitution, die der Posener Hochschule 1942 angegliedert wurde¹⁹⁸. Sicher konnte Sievers seinen Abteilungsleitern im April 1941 melden, einem Wunsche Himmlers entsprechend werde an der Posener Universität auch ein Institut für Volkstumsforschung geschaffen¹⁹⁹, für dessen Besetzung „Ahnenerbe“-Gewährsmann Harmjanz einen alten Parteigänger Sievers', Dr. Herbert Weinelt, schon 1939 in Aussicht genommen hatte²⁰⁰; aber Weinelt wurde später für Preßburg vorgemerkt²⁰¹. Nur der Professor Hans Holfelder, Röntgenologe und Standartenführer der Waffen-SS, konnte nach Besprechungen zwischen Sievers und Harmjanz 1942²⁰² von Frankfurt nach Posen gebracht werden²⁰³, doch auch

Holfelder war nicht im „Ahnenerbe“ korporiert. Enttäuschender noch gestaltete sich die Rolle des „Ahnenerbes“ an der Reichsuniversität Straßburg, über die Sievers später in Nürnberg aussagte, gerade für sie habe Himmler sich interessiert, weil an ihr besonders viele SS-Führer gewirkt hätten²⁰⁴. In Straßburg agierte Prof. Dr. Ernst Anrich als Dekan der Philosophischen Fakultät und Vertreter der SS-Interessen²⁰⁵, aber ohne Bindung an das „Ahnenerbe“, was nicht zuletzt wohl darauf zurückzuführen ist, daß SS-Mann Anrich „den Aufbau der Universität in engster Zusammenarbeit mit der Partei und der SS und unter Umgehung der Ministerialbürokratie des Erziehungsministeriums durchzusetzen versuchte“²⁰⁶, demnach eine Politik verfolgte, die der langjährigen Tradition einer Kollaboration zwischen „Ahnenerbe“ und REM gänzlich zuwiderlief. Anrichs Mißtrauen gegen das „Ahnenerbe“ wurde offenkundig, als der nach Straßburg zu schleusende Althistoriker Franz Altheim zur Empörung Wolfram Sievers' von den Straßburger Ordinarien noch nicht einmal auf die „Dreierliste“ gesetzt wurde²⁰⁷. Eine weitere „Ahnenerbe“-Plattform, die man für Straßburg plante, war die Lehrkanzel für Keltistik (für den Berliner Ludwig Mühlhausen), aber auch dazu reichte es nicht, trotz eines eindringlichen Briefes SS-Standartenführer Wüsts an seinen SS-Kameraden Mentzel und einer speziellen Befürwortung SS-Gruppenführer Dr. Werner Bests²⁰⁸. Für das „Ahnenerbe“ konnte es keinen Zweifel geben: die individuellen Interessen innerhalb des Schwarzen Ordens waren so stark, daß sich eine zentrale Zielsetzung und Steuerung auf keinem Gebiet aufrechterhalten ließ, auch nicht auf dem der Wissenschaft. SS-Professoren gab es viele, aber nur wenige waren grundsätzlich bereit, sich innerhalb des „Ahnenerbes“ als wissenschaftlicher Dachorganisation der Schutzstaffel koordinieren zu lassen. Selbst dann aber wäre es fraglich gewesen, ob die Stoßkraft des „Ahnenerbes“ ausgereicht hätte, alle anderen wissenschaftspolitisch interessierten Machtkreise des Regimes aufzulösen. Die Forschungsgemeinschaft Himmlers schluckte die schlechten Erfahrungen von Posen und Straßburg wie eine bittere Pille – und wandte sich wieder ihrer ursprünglichen Taktik zu.

Daß der Grundbefehl des Reichsführers-SS vom November 1938, „die wissenschaftlichen Ziele und die wissenschaftlichen Männer in die Universitäten hineinzuführen, um dort Fuß zu fassen“, prinzipiell auch nach Kriegsausbruch Geltung habe, hatte Sievers schon auf der Münchener Abteilungsleitersitzung vom April 1941 hervorgehoben²⁰⁹. Diese Methode des „Trojanischen Pferdes“ erforderte aber nach wie vor eine ausreichende akademische Qualifizierung der Männer Himmlers. Nach Kriegsausbruch hatte sich das „Ahnenerbe“ immerhin so sehr gewandelt, daß Nichtpromovierte in der Forschungsgemeinschaft – mit wenigen Ausnahmen wie K. Th. Weigel – automatisch fallengelassen wurden: bei Ruppel und von Grönhagen wurde akademisches Versagen zum Anlaß genommen, sie aus dem „Ahnenerbe“ zu entfernen²¹⁰. Mit der Habilitation verhielt es sich nicht anders: die meisten jungen „Ahnenerbe“-Doktoren wurden von 1939 bis 1945 unter Druck gesetzt, ihre *Venia legendi* zu erwerben²¹¹; die wenigsten schafften es, darunter Schäfer, Pläßmann und Bohmers²¹². Daß das „Ahnenerbe“ auch bereit war, neue hoffnungsvolle Kandidaten für Promotion und Habilitation anzusetzen, zeigt das Beispiel Gögginger²¹³. Der volksdeutsche evangelische Pfarrer Wolf Gögginger hatte Anfang 1940 Glauben und Beruf abgeschworen und sich an Himmler zwecks Förderung in der SS gewandt. Himmler entschied darauf, daß Gögginger im Rahmen des „Ahnenerbes“ betreut werde. Im Einvernehmen mit Walther Wüst pro-

movierte der Balte 1941 auf Kosten der SS unter dem Heidelberger Volkskundler und SS-Führer Eugen Fehrle. Danach sollte er sich mit einer Arbeit über das Priestertum bei Wüst habilitieren, doch vorerst wurde er zu Wehrmacht und Waffen-SS eingezogen. Gögginger, der gehofft hatte, nach völliger Übernahme in die SS „Vorträge über religiös-wissenschaftliche Fragen vor SS-Führern“ halten zu können, ja für alle religiöse Fragen dem Reichsführer-SS „zur Verfügung“ zu stehen, fiel schließlich bei Himmler wegen seiner notorischen Aufschneidereien in Ungnade²¹⁴.

Die wenigen „Ahnenerbe“-Wissenschaftler, denen die Habilitation gelang, konnten nur mit Mühe an den deutschen Universitäten placiert werden, selbst unter Einsatz sämtlicher Machtmittel im Reichserziehungsministerium. Bestrebungen Sievers', für den Braunschweiger Dozenten Martin Rudolph ein Ordinariat für germanische Bauforschung einrichten zu lassen²¹⁵, scheiterten. Otto Huth (Tübingen) gelangte nach seiner Habilitation 1939 erst 1942 auf ein Extraordinariat für Religionsgeschichte nach Straßburg, nach anhaltenden Unterredungen zwischen Sievers und Ministerialdirigent Harmjanz und nicht ohne Zwischenpanne: der Reichsfinanzminister hatte aus Etatgründen die außerordentliche Professur für Huth im Dezember 1941 zunächst abgelehnt²¹⁶. Am erfolgreichsten noch war J. O. Plaßmann, der schließlich 1944 ein Ordinariat an der Universität Bonn ergatterte. Es war der Lehrstuhl für deutsche Volkskunde, auf dem das „Ahnenerbe“ seit 1940 einen Schüler Prof. Harmjanz', Dr. Erich Röhr, postieren wollte. Das gelang, im Bündnis mit dem rheinischen Landesrat SA-Standartenführer Dr. Apfelstaedt²¹⁷, erst im April 1942²¹⁸. Im Frühjahr darauf, als Röhr einem Fliegerangriff auf Berlin zum Opfer gefallen war, wurde der Lehrstuhl für Plaßmann frei. Im April 1943 schrieb Sievers, Plaßmann sei mit der Aufnahme von Berufungsverhandlungen einverstanden²¹⁹; im Sommersemester 1944 begannen seine Bonner Vorlesungen²²⁰.

Nur auf dem Gebiet der Vorgeschichte durfte das „Ahnenerbe“ hoffen, die meisten seiner Wünsche befriedigen zu können. Das lag indessen nicht nur daran, daß die Prähistorie damals den wohl größten geistesgeschichtlichen Sektor innerhalb der Forschungsgemeinschaft bildete, sondern hing allgemein mit der Qualitätsbewertung der Disziplin im Reich zusammen: unter dem breiten Dach des „Ahnenerbes“ stellten sich seit Jahren alle diejenigen Vorgeschichtler unter, deren wissenschaftliche Arbeit erwas zählte. Rosenberg und Reinerth aber hielten nur noch ein kleines Häuflein von namhaften Fachwissenschaftlern zusammen. Im Lichte der Zuspitzung der Beziehungen zwischen Rust und Rosenberg während des Krieges wundert es nicht, daß die Ministerialen des Kultusministeriums meist dazu neigten, den mehr oder weniger fest an das „Ahnenerbe“ angeschlossenen Kandidaten den Vorzug zu geben. Ohne Zweifel profitierte die Forschungsgemeinschaft davon, daß sie zu ihren Spitzenmännern solche Leute wie Herbert Jankuhn, Hans Schleif und, etwas distanzierter, Gustav Schwantes zählte, für deren Ratschläge der zuständige Referent im REM (nach dem Soldatentode Prof. Dr. Werner Butlers im Mai 1940 war es Prof. Dr. Frey) gewöhnlich ein offenes Ohr hatte. Auf das Bündnis zwischen exakter Vorgeschichtsforschung, „Ahnenerbe“ und Reichserziehungsministerium ist es zurückzuführen, wenn die dilettantische Richtung damals bis 1945 noch wirksam bekämpft worden ist. Sievers, Jankuhn, Mentzel oder Frey konferierten des öfteren „wegen Besetzung vorgeschichtlicher Lehrstühle“²²¹. Im Frühjahr 1941 wurden „grundsätzliche Vereinbarungen“ zwischen dem „Ahnenerbe“ und Mentzel

getroffen, denen zufolge die Meinung der „Ahnenerbe“-Experten bei der künftigen Besetzung vorgeschichtlicher Lehrstühle und Denkmalspflegestätten in jedem Fall gehört werden sollte²²².

Um drei seiner Prähistoriker bemühte sich das „Ahnenerbe“ besonders. Dem Österreicher Willvonseder, Anfang 1940 bereits Dozent, wurde im April des Jahres eine Professur in Innsbruck angeboten, die er gern gegen einen Lehrstuhl in Wien getauscht hätte²²³. Von Sievers mobilisiert, meinte das REM, der Ernennung Willvonseders in Wien stünde nichts im Wege, sofern die Wiener Fakultät den entsprechenden Antrag stelle²²⁴. Sievers verwandte sich daraufhin beim Wiener Dekan Christian, dieser hatte jedoch schon selbst die Ernennung Willvonseders zum Extraordinarius beim REM beantragt²²⁵. Im Januar 1943 war Willvonseder ao. Professor in Wien²²⁶.

Erwähnenswert ist auch der Fall Dr. Assien Bohmers. Der Holländer, über dessen fachliche Qualifikationen in Vorgeschichtskreisen damals wie heute Uneinigkeit herrschte²²⁷, diente sich dem „Ahnenerbe“ sofort nach der deutschen Besetzung der Niederlande im Mai 1940 als „Ratgeber“ an, da er als holländischer Nationalsozialist „die besten Beziehungen“ zu einheimischen Nazis unterhalte²²⁸. Zu einem politischen Amt reichte es zwar nicht²²⁹, aber Bohmers wurde seitdem von Sievers für eine akademische Schlüsselposition in einer holländischen Universität vorgesehen²³⁰. Bis zum Herbst 1941 hatte der Reichsgeschäftsführer den Prähistoriker an die Universität Groningen lanciert²³¹; Bohmers revanchierte sich als Protagonist der Schutzstaffel innerhalb der auf kulturelle Eigenständigkeit bedachten Friesenbewegung²³².

Der letzte Vorgang betraf Herbert Jankuhn, also jenen Mann, der immer mehr in die Rolle des Kontrahenten Hans Reinerths im Gegenlager hineinwuchs. Der Kieler Museumsdirektor erhielt im Frühjahr 1941 ein Ordinariatsangebot aus Rostock. Man wollte ihn in Kiel zwar gerne halten, auch versuchen, ihm einen Lehrstuhl an der Universität speziell einzurichten, doch hatte man dazu die Mittel nicht. So sah sich Jankuhn im Sommer genötigt, das Rostocker Ordinariat anzunehmen. Das „Ahnenerbe“ tat bis 1943 alles, um im REM die Schaffung eines neuen Lehrstuhls in Kiel (für Frühgeschichte) zu erreichen, was besonders im Hinblick auf Haithabu sehr wichtig war. Dazu kam es dann mangels der notwendigen Gelder in Schleswig-Holstein nicht mehr: bis 1945 wirkte Jankuhn in Rostock, wenn er nicht gerade kulturpolitische Sonderaufgaben zu lösen hatte²³³.

Prüft man indessen die oben geschilderten Umstände genauer, so wird man sich hinsichtlich der Effektivität des Bündnisses zwischen „Ahnenerbe“ und Reichserziehungsministerium selbst in Vorgeschichtsfragen gewisser Zweifel nicht erwehren können. Willvonseder wurde zwar nach Zwischenschaltung des REM durch Sievers nach Wien berufen, bezeichnend ist aber, daß Dekan Christian seinen Antrag an das REM schon im April 1942, also sieben Monate, bevor Sievers auf diesen Gedanken kam, gestellt hatte. Im Falle Bohmers war das Reichserziehungsministerium überhaupt nicht zuständig, weil akademische Berufungen für Groningen unter die Kompetenzen des Reichskommissariats Niederlande fielen. Und bei Jankuhn fällt auf, daß das Kultusministerium offenbar nicht mächtig genug war, um bei der Provinz Schleswig-Holstein auf die Schaffung eines neuen Ordinariats an der Universität Kiel hinzuwirken.

In der Tat sprechen mehrere Anzeichen dafür, daß das traditionelle Bündnis zwi-

schen „Ahnenerbe“ und Reichserziehungsministerium nach 1940 überhaupt ins Wanken geriet. Schon der Skandal um Lothar Zotz hatte demonstriert, daß zwischen „Ahnenerbe“ und REM eine fatale Vertrauenslücke bestand: Zotz war im Herbst 1939 vom REM nach Prag gelassen worden, ohne daß das „Ahnenerbe“ dazu gehört worden wäre. 1943, als die Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurde von leitenden Männern des „Ahnenerbes“ schließlich nur noch das Kultusministerium verantwortlich gemacht; die Schuld läge „beim Reichserziehungsministerium, und nicht bei uns“, grollte Sievers im Februar²³⁴, noch bevor das REM seinerseits sich anschickte, die Versetzung Lothar Zotz' endlich zu erwägen. Möglicherweise hatte das RSHA, von Sievers dementsprechend unterrichtet, auf das Ministerium Rust Druck ausgeübt, bewiesen werden kann das nicht. Indes hat Heinrich Harmjanz nach dem Kriege ausgesagt, daß ein derartiger Druck von seiten des SD nichts Ungewöhnliches gewesen sei²³⁵, ungeachtet der sonstigen Beziehungen zwischen „Ahnenerbe“ und REM. Im übrigen stand es damals um die Beziehungen zwischen SS und Reichserziehungsministerium ohnehin nicht mehr zum besten, ja im Sommer des Jahres wurde durch das RSHA nach einem häßlichen Auftritt Bernhard Rusts auf der Salzburger Rektorenkonferenz (26.—28. August 1943) der Austausch des Ministers durch Gauleiter Uiberreither, Reichsstudentenführer Scheel oder Baldur von Schirach ernsthaft geplant, doch Hitler ließ seinen „alten Kämpfer“ auch diesmal nicht fallen²³⁶. Letztlich aber dürfte die Verschlechterung²³⁷ auf die Affäre Harmjanz zurückzuführen sein, in die das „Ahnenerbe“ peinlicherweise tief mit hineingezogen wurde und die einen sofortigen Prestigeverlust für den Reichsführer-SS im REM zur Folge hatte. Professor Harmjanz, Leiter des Amtes W 6 im REM, Inhaber eines Frankfurter Ordinariats, „Ahnenerbe“-Abteilungsleiter, Generaltreuhänder der HTO und SS-Obersturmbannführer, wurde im Frühjahr 1943 vor ein SS-Ehrengericht gestellt und im Zusammenhang mit zweien seiner Schriften des Plagiats bezichtigt²³⁸. Bis Sommer 1944 war Harmjanz seiner SS-Ämter enthoben und im REM durch Ministerialrat Gentz²³⁹ ersetzt worden; inzwischen diente er bei der Wehrmacht. Nach dem Kriege hat er dann die Legende ausgestreut, er sei lediglich wegen des „Gegensatzes zu parteipolitischen Forderungen“ entlassen worden²⁴⁰, um den ursprünglichen Vorwürfen für immer auszuweichen. Nach Harmjanz' Abgang blieb dem „Ahnenerbe“ im Grunde nur noch Rudolf Mentzel als Machtreserve im Reichserziehungsministerium, doch läßt sich der Rückgang des SS-Einflusses im Ministerium Bernhard Rusts gewiß zum Teil auch auf die Verschärfung des innerdeutschen Ausnahmezustandes zurückführen, die der totale Krieg mit sich brachte und die jeglichen hochschulpolitischen Überlegungen im „Ahnenerbe“ nach 1943 nur noch wenig Raum beließ. Immerhin war es Mentzel, der just zur Zeit des Abschieds von Harmjanz dem „Ahnenerbe“ eine neue Chance gab, auf das Räderwerk der reichsdeutschen Wissenschaftsmaschine einzuwirken. Am 18. Mai 1943 bat Mentzel den Reichsführer-SS schriftlich darum, ihm als dem Leiter des Geschäftsführenden Beirates für den neugebildeten Reichsforschungsrat (RFR) SS-Standartenführer Sievers, mit dem ihn „ein enges und herzliches kameradschaftliches Verhältnis“ verbinde, zur Verfügung zu stellen²⁴¹.

Praktisch finanzierte und kontrollierte der Reichsforschungsrat nach 1942 den Großteil der naturwissenschaftlichen Projekte im Reich, einschließlich der wehrmedizinischen. Sievers' Berufung in dieses Gremium zum Sommer 1943 (als Stellvertretender Leiter des Geschäftsführenden Beirates) kam daher auch nicht von

ungefähr. Damals befand sich das „Ahnenerbe“ bekanntlich schon tief in der wehrmedizinischen Zweckforschung durch die Aktivität Hirts, Mays und Raschers, die letztlich auch gegenüber den jeweiligen Fachspartenleitern im RFR Vortrag zu halten verpflichtet waren. Und dennoch kann man nicht sagen, daß Himmler über den Schlüsselposten seines Reichsgeschäftsführers unmittelbare ideelle Vorteile für sein „Ahnenerbe“ davongetragen hätte. Der Beirat des RFR hatte nämlich lediglich organisatorische und administrative Aufgaben zu bewältigen, und selbst innerhalb dieses schon recht beschränkten Rahmens standen Sievers keine Entscheidungsbefugnisse zu; in allem war er an die Zustimmung Mentzels gebunden²⁴². Sievers konnte seine ehrenamtliche Tätigkeit, die ihn fast täglich im RFR festhielt²⁴³, höchstens dazu benutzen, das naturwissenschaftliche Feld zu überschauen und daraus für seine „Ahnenerbe“-Politik Schlüsse ziehen; auch war es ihm möglich, etwa für die Zwecke des IWZ unmittelbaren Kontakt mit den zuständigen Fachspartenleitern herzustellen, was man in der modernen Betriebsprache heute in den Begriff „Public relations“ fassen würde. Davon, daß Sievers die Forschung beeinflußt hätte, oder gar die Lehre an den Hochschulen, kann gar keine Rede sein.

Daß Sievers es war, nicht aber Wüst, den Mentzel zu sich bat, hing nicht allein mit den außerordentlichen administrativen Erfahrungen des Reichsgeschäftsführers zusammen. Es spiegelt auch die Verschiebungen im Machtverhältnis Sievers—Wüst wider, die nicht zuletzt eine Folge der unbestreitbaren Tatsache waren, daß Wüst im Sinne der Wissenschaftspolitik Heinrich Himmlers nicht mehr einwandfrei funktionierte. In den letzten Kriegsjahren riß Wolfram Sievers auch bei der Wissenschaftsplanung der SS das Gesetz des Handelns gänzlich an sich. Rudolf Mentzel wußte den „Fleiß“ und die „Zuverlässigkeit“ seines Duzfreundes Sievers so sehr zu würdigen, daß er ihn im August 1943 zur Rektorenkonferenz nach Salzburg einlud, wo Sievers Gelegenheit zu interessanten Beobachtungen fand²⁴⁴. Im Mai 1944 diskutierte Sievers mit Mentzel bereits über die Amtsdauer der deutschen Rektoren²⁴⁵, und der Freund hatte ihn als künftigen Kurator einer deutschen Universität ins Auge gefaßt²⁴⁶. Für den ehemaligen Gasthörer der Technischen Hochschule Stuttgart hätte dies wahrlich die Krönung einer erstaunlich steilen Karriere im Bildungswesen der Nation bedeutet. Dennoch hätte es niemanden über den Zusammenbruch der Himmlerschen Hochschulkonzeption hinwegzutäuschen vermocht. Als im Frühjahr 1945 das Ende kam, war das „Ahnenerbe“ gegenüber dem Jahr 1939 an den deutschen Fakultäten nicht einen Zoll weiter vorgeschritten.

4. Die Vor- und Frühgeschichte und Alfred Rosenberg

Für die Forschungsgemeinschaft Himmlers war diese hochschulpolitische Niederlage um so schmerzlicher, als sie es bis Mai 1945 auch nicht vermocht hatte, in jenem zweiten Sektor reichsdeutscher Kultur zu triumphieren, den sie traditionell für sich beanspruchte: in der Vor- und Frühgeschichte. Hoffnungsvolle Anfänge, die vor 1939 im Grabungswesen gemacht worden waren, schienen nach Kriegsausbruch vergebens; alle Grabungen im Reich stagnierten, mit Ausnahme von Unterwisteritz in Südmähren²⁴⁷. Speziell berücksichtigt werden sollte an sich auch Jankuhns Haithabuer Unternehmen. Es war, im Zuge der allgemeinen Einschränkungmaßnahmen, am 2. September 1939 eingestellt worden²⁴⁸; in den darauffolgenden

Monaten konnte Jankuhn dann ohnehin nicht graben, weil zuerst wichtige Zeichnungen angefertigt werden mußten, was Zeit in Anspruch nahm²⁴⁹. Doch nach der Winterpause 1939/40 schrieb Sievers im März 1940 an Himmler, Besprechungen mit Jankuhn hätten ergeben, „daß eine Fortführung der Grabungen auch während des Krieges in beschränktem Umfange notwendig ist, weil es sich bei den Untersuchungen durchweg um Bergung gefährdeter Denkmäler handelt“²⁵⁰. Zwei Wochen später konnte der Reichsgeschäftsführer Herbert Jankuhn versichern, er werde für die Grabung Haithabu auch 1940/41 Gelder bekommen, darüber hinaus sogar für eine seit Anfang 1939 geplante Urnenfeldergrabung²⁵¹. Doch praktisch ruhte die Arbeit in Haithabu; Jankuhn hatte neben seinen wissenschaftlichen Aufgaben in Kiel (Direktor des Kieler Museums, Dozent an der Universität, Herausgeber der *Kieler Blätter*) nicht die Muße, sich dem Projekt in der gewünschten Weise zu widmen²⁵². Und obwohl Sievers im Februar 1942 noch vom „Kleinod“ Haithabu sprach, das es mit Hilfe Jankuhns „zu bewahren und zu heben“ gelte²⁵³, begann dieser doch damals gerade seine wissenschaftlichen Sondermissionen im Ausland, die ihn bis Frühjahr 1945 nur selten für Schleswig-Holstein freigegeben sollten. Erst nach dem Kriege konnte Jankuhn seine Arbeit in Haithabu wieder aufnehmen, nachdem 1943 noch sein ausgezeichneteter „Vorläufiger Grabungsbericht“ im Druck erschienen war, auf dem dann für weitere Veröffentlichungen aufgebaut werden konnte²⁵⁴.

Bezeichnenderweise bemühte sich auch die Lehr- und Forschungsstätte für Ausgrabungen, den Kriegserfordernissen gerecht zu werden, indem sie sich auf kriegswichtige Aufgaben berief, um so den Fortgang begonnener Grabungen zu gewährleisten. Deshalb schrieb Sievers in seinem Brief an Himmler von der „Bergung gefährdeter Denkmäler“; hier ging es um das damals durch den bevorstehenden Ausbau des Flugplatzes Jagel tatsächlich gefährdete Haithabu. Bis November 1942 gelang es dem durch Sievers, Jankuhn und Schwantes alarmierten Reichsführer-SS, dem der Schutz der ehrwürdigen Stätten „Herzessache“ war, Feldmarschall Milch zur Schonung des Geländes zu bewegen²⁵⁵. Bald beschränkte sich die Tätigkeit der prähistorischen Forschungsstätte im Reich, sofern dazu Kräfte zur Verfügung standen, überhaupt auf die Sicherung von durch Kriegseinwirkungen bedrohten vorgeschichtlichen Denkmälern. Das war besonders Ende 1944 der Fall, als deutsche Truppen überall an den Grenzen des Reiches standen, um die alliierten Invasoren abzuwehren. In Schleswig wurde abermals das zu Haithabu gehörige Danewerk geschützt, unter Einsatz der Vorgeschichtler Kersten und Telling und 9 000 Mann²⁵⁶. Es gelang tatsächlich, Volkssturm und SA beim Bauen von Panzerfallen und dergleichen im Zaum zu halten²⁵⁷. Im November 1944 wurde das „Ahnenerbe“ zudem mit dem Denkmalschutz am Westwall betraut; hier wurde der südbadische Denkmalspfleger Professor Georg Kraft hinzugezogen²⁵⁸, da Sievers schon im September der Meinung gewesen war, es gebe „immer noch ältere Vorgeschichtler, die zu keinem anderen Einsatz herangezogen werden und die sich dieser Aufgabe widmen könnten“²⁵⁹. Die Arbeiten am Westwall dürften durch den Umstand, daß Himmler seit Anfang Dezember als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Oberrhein an der Westfront biwakierte²⁶⁰, wesentlich erleichtert worden sein. Himmler fühlte sich als Feldherr und Denkmalschützer in einem – fürwahr die kühnste Kombination, die er sich je erträumt haben mag.

Für den Reichsgeschäftsführer des „Ahnenerbes“ wird dies freilich kaum etwas

anderes bedeutet haben als das Symbol des Niederganges auf einem Gebiet, auf dem das „Ahnenerbe“ sich vor Jahren noch großer Taten hatte brüsten können. Neue Grabungen hat das „Ahnenerbe“ seit 1939 nur im Ausland angestellt, und auch hier war der Erfolg befristet. Außer in der Slowakei und im Protektorat förderte die Forschungsgemeinschaft der SS Ausgrabungen in Polen (d. h. in dem zum Reich geschlagenen „Warthegau“), in Kroatien und in Serbien. In den beiden letztgenannten Fällen demonstrierte sie, daß sie sich auch im Ausland, und selbst im Kriege als Schutzpatron jener konservativen Vorgeschichtsrichtung verstand, die von den Dilettanten Rosenbergs seit Jahren bekämpft wurde. Allerdings vermag eine derartige Überlegung heute nicht die Tatsache zu rechtfertigen, daß bei manchen dieser vorgeschichtlichen Unternehmungen die durch das Hitlerregime niedergeworfenen „Feinde“ nach damals geltendem Völkerrecht übervorteilt worden sind²⁶¹.

So auf jeden Fall bei der SS-Grabung in Urstätt (eigentlich Biskupin) in der ehemaligen polnischen Provinz Posen. Geht man heute davon aus, daß die Einverleibung des „Warthegaus“ ins Deutsche Reich eine völkerrechtswidrige Handlung darstellte, so läßt sich aus dem Urstätter Grabungsunternehmen eine Unrechtshandlung ableiten, insbesondere dann, wenn Grabungsfunde nach Deutschland verschleppt worden sind, was nur vermutet, aber nicht bewiesen werden kann. Von Frühjahr 1940 bis Sommer 1942 führte ein SS-Grabungsteam unter der Oberleitung von „Ahnenerbe“-Mitarbeiter Schleif²⁶² eine schon 1934 von den Polen begonnene Grabung fort, die eine vor zweieinhalb Jahrtausenden entstandene Siedlung freilegen sollte. Hatten die Polen Grund zur Annahme gehabt, die damals dort ansässigen Träger der sog. „Lausitzer Kultur“ seien „die direkten Vorfahren der heutigen Polen“, also Slawen gewesen, so meinte Schleif doch 1942, die von den Polen vorgebrachte Begründung sei schwächlich und von niemandem außer ihnen selbst ernst genommen, obwohl er nicht umhin konnte, ihnen „technisch einwandfreien“ Grabungsstil zu bescheinigen. Schleif selbst schaffte bis 1942 nur so viel, daß es zu der Annahme reichte, die Siedler der „Lausitzer Kultur“ seien nicht durch Naturgewalten zur Aufgabe ihrer Heimstatt genötigt worden, sondern durch die „stürmische Ausbreitung der Germanen nach Süden“²⁶³. Damit wären die heldenhaften Eigenschaften der germanischen Herrenrasse wieder einmal bestätigt worden.

Der propagandistische Tenor des 1942 von Schleif verfaßten „Vorberichts“ ist indessen nicht kennzeichnend für das Vorgehen der prähistorischen Experten des „Ahnenerbes“, und sicher auch nicht für die sonst von Schleif durchgeführten Grabungen im In- und Ausland. Seit Herbst 1940 wirkte Schleif nämlich bei den Ausgrabungen im griechischen Olympia mit, die, 1935 vom Reichssportführer von Tschammer und Osten beim Führer angeregt, zum Leidwesen des Geheimrats Wiegand bald in den Geruch politischer Zweckmäßigkeit geraten waren²⁶⁴. Schleif soll, zusammen mit dem von Wiegand schon 1936 delegierten Gelehrten Emil Kunze, die Olympia-Grabungen politisch abgeschirmt haben²⁶⁵, was längere Beurlaubungen vom „Ahnenerbe“ notwendig machte. Im Frühjahr 1940 ist er daher als Abteilungsleiter für Ausgrabungen formell durch Herbert Jankuhn ersetzt worden²⁶⁶, was seinen engen Beziehungen zur Forschungsgemeinschaft Himmlers jedoch auch künftig keinen Abbruch tat.

In den kroatischen Raum stieß das „Ahnenerbe“ über einen alten Gewährsmann

1942 vor. Der deutsche Prähistoriker Prof. Dr. R. R. Schmidt, einst Hans Reinerths Lehrer in Tübingen, wurde schon in Friedenszeiten durch die innerparteilichen Intrigen seines Schülers zu einer Frontstellung gegen das Rosenberg-Lager gezwungen²⁶⁷; das führte ihn zwangsläufig zu den Leuten um Heinrich Himmler. Doch trotz zeitweiliger Förderung durch die SS²⁶⁸ dünkte es den Prähistoriker als das Klügste, Deutschland wegen der verfahrenen Vorgesichtssituation ganz den Rücken zu kehren: 1938 ging er nach Jugoslawien, um im Verein mit kroatischen Forschern die steinzeitliche Burg Vučedol auszugraben²⁶⁹. Schmidts Emigration wurde auch dann nicht unterbrochen, als der kroatische „Poglavnik“ Ante Pavelić im April 1941, nach dem Einmarsch deutscher Truppen, in Zagreb den kroatischen Ustascha-Staat ausrief, der lange Zeit vom Hitlerregime gestützt wurde²⁷⁰. Allerdings setzte diese Entwicklung der Tätigkeit Schmidts an der Vučedoler Burg einstweilen ein Ende. Da nutzte das „Ahnenerbe“ die Gelegenheit und griff dem Forscher bei der Ausgrabung der Burg Sarvaš (Hirschfeld) bei Osijek (Esseg) an der Drau unter die Arme²⁷¹. Dort hielt sich Schmidt bis Mitte 1944; im September erwog er dann anlässlich des bevorstehenden Rückzuges der deutschen Truppen aus dem Balkan mit Sievers die Fortschaffung des Materials von Sarvaš aus Esseg ins Reich²⁷².

Was das „Ahnenerbe“ sich in Kroatien erhoffte, liegt auf der Hand: Fühlungnahme mit der kroatischen Vorgeschichtsforschung zum Zwecke späterer Kontrolle. Ob der gutgläubige Schmidt diesen Absichten gänzlich zustimmen können, war für Sievers indessen mehr als fraglich. Daß Sievers die Unterstützung des deutschen Forschers nicht aus uneigennütigen Gründen betrieben hat, beweist seine vertrauliche Bemerkung in einem Brief an Intimus Willvonseder, es wäre doch das Beste, wenn man sich „langsam“ von Schmidt zurückzöge²⁷³. Abermals wurde der Herrschaftsinstinkt der SS bloßgelegt: das „Ahnenerbe“ würde nur so lange jemanden zu „schützen“ bereit sein, wie sich dieser Schutz mit seinen eigenen machtpolitischen Ambitionen vereinbaren ließ. Die Ironie des Schicksals wollte es, daß ausgerechnet R. R. Schmidt es war, der später in Nürnberg den Reichsgeschäftsführer als einen altruistischen Förderer der Wissenschaften vor dem Galgen zu bewahren suchte²⁷⁴.

Ähnliche monopolistische Absichten verfolgte das „Ahnenerbe“ im prähistorischen Sektor Serbiens. Das Motiv des „Schutzes“ läßt sich hier jedoch ebensowenig übersehen wie im Falle Kroatiens: Prof. Dr. Unverzagt, Leiter des Staatlichen Museums für Vor- und Frühgeschichte in Berlin, der für das „Ahnenerbe“ im Herbst 1942 nach Belgrad ging, galt schon seit etlichen Jahren als Kontrahent Reinerths und Rosenbergs²⁷⁵. Bereits 1931/32 hatte Unverzagt bei dem Kloster Sv. Erasmo am mazedonischen Ochridasee nach den Resten illyrischer Fürstengräber gesucht – mit Billigung der Belgrader Regierung²⁷⁶. Zehn Jahre später, nach Errichtung des unter deutschem Druck stehenden Marionettenkabinetts Nedić²⁷⁷, verfügte Himmler, das „Ahnenerbe“ habe sich an der Ausbeutung vor- und frühgeschichtlicher Fundstellen in Serbien zu beteiligen²⁷⁸. Daraus wurde dann bald ein deutsches Monopol. Wie Sievers später meinte²⁷⁹, würden die vorgeschichtlichen Arbeiten gerade an der repräsentativen osmanischen Festung Belgrad (Kalemegdan) „für die Zukunft den uneingeschränkten Führungsanspruch auch auf dem Gebiete der Vorgeschichte in Serbien sichern. Im Verein mit den von uns in der Slowakei und in Kroatien bereits durchgeführten Untersuchungen besitzen wir damit die Schlüsselstellung in Südost-Europa“. Am 17. Februar 1942 erließ der

serbische Unterrichtsminister im Einvernehmen mit seinem Ministerpräsidenten eine Verfügung, die dem Reichsführer-SS und somit dem „Ahnenerbe“ das Alleinrecht für vorgeschichtliche Forschungen „unter Ausschluß aller nichtserbischen Stellen“ konzidierte²⁸⁰. Die Kosten übernahm die serbische Regierung²⁸¹.

Die Arbeit, die noch im Herbst 1942 von Kurt Willvonseder und dem wissenschaftlich vorgebildeten Kriegsverwaltungsrat Dozent Freiherr von Reiszitz unter späterer Hinzuziehung Unverzagts begonnen wurde, kann wissenschaftlich zumindest als ein Teilerfolg gewertet werden. Unverzagt führte zwei Grabungen am Kalemegdan durch, das geborgene Material wurde aufbereitet und inventarisiert. Kostbare Artefakte wurden im Keller der städtischen Sparkasse zu Belgrad gegen Luftgefahr geborgen. Willvonseder katalogisierte alle vor- und frühgeschichtlichen Funde in den Heimatmuseen des Banats; Reiszitz stellte einen Leitfaden für sämtliche prähistorischen Fundstellen des serbischen Raumes zusammen. Wichtiges Material aus den Museen Werschetz und Betschkerek wurde zwecks späterer Auswertung fotografiert²⁸². Im Herbst 1944 mußten die Aktionen zwangsweise abgebrochen werden²⁸³.

Einer der Mitarbeiter bei den serbischen Projekten war ein gewisser Graf Adam Orsich, den das „Ahnenerbe“ als künftigen Doktoranden Oswald Menghins in Wien weitgehend zu patronisieren gedachte²⁸⁴. Das „Ahnenerbe“ war schon deshalb an Orsich interessiert, weil dieser gute Beziehungen zu König Boris von Bulgarien pflegte, der Kurator Wüst bereits im Mai 1939 eingeladen hatte, in seinem Lande Grabungen anzustellen. 1942, während der historischen Osterbesprechung Sievers' beim Reichsführer-SS, in der über das Schicksal der wehrmedizinischen Forschungen im „Ahnenerbe“ entschieden wurde, stimmte Himmler zu, daß seine Forschungsgemeinschaft sich „auch in die Forschungen in Bulgarien einschalte“²⁸⁵. Dazu kam es dann zwar nicht; dennoch ist der Vorgang symptomatisch für den Expansionsdrang des „Ahnenerbes“ im vorgeschichtlichen Bereich, auch über Deutschlands Grenzen hinaus. Man wird dies nur verstehen können, wenn man weiß, daß prähistorische Erfolge für gewisse Gliederungen der NSDAP eben so etwas wie ein innerparteiliches Prestigesymbol bedeuteten, was auf dem hohen Nutzwert der Disziplin für weltanschauliche Zwecke beruhte. Hierin unterschied sich ja Himmler keineswegs von Rosenberg. Deswegen also der Wettlauf zwischen den beiden Reichsleitern in noch unberührte, fremde Gebiete; im Protektorat und in der „souveränen“ Slowakei kam Himmler dem Parteiideologen zuvor, letzten Endes auch in Kroatien und in Serbien. Und doch wußte Sievers seinem Reichsführer im April 1942 zu berichten, daß das Amt Rosenberg sowohl in Agram (Zagreb) als auch im ungarischen Budapest die Errichtung sog. Deutscher Institute betreibe, die von Vorgeschichtlern aus dem Kreis um Reinerth geleitet werden sollten²⁸⁶. Daß Hans Reinerth den Prähistorikern des „Ahnenerbes“ auch im Ausland lästig fallen konnte, sollte der Reichsgeschäftsführer noch 1942 am Beispiel des Sonderkommandos Jankuhn in Südrußland erfahren.

Am 17. Juli 1941 hatte Hitler Rosenberg in Ermangelung eines geeigneteren Amtes für den zunehmend unzufriedenen Parteiphilosophen zum „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ erhoben²⁸⁷. Nach Amtsantritt aber mußte Rosenberg erleben, daß niemand seine Kompetenzen ernst nahm, am allerwenigsten die formal ihm unterstehenden Reichskommissare „Ostland“ und „Ukraine“, von denen insbesondere der in Rovno residierende Erich Koch autokratisch zu regieren anfang.

Der ohnmächtige Rosenberg ergriff daher jede Gelegenheit, sich im Osten anderweitig bemerkbar zu machen. So pochte er unter anderem auch auf das Privileg zur „Sicherung“ materieller Kulturgüter. War der Begriff „Sicherung von Kulturgütern“ im Lager Himmlers niemals parteiverbindlich definiert worden, so daß er schon die Zeitgenossen zu vielschichtigen Deutungsversuchen verführt hatte, so gab es bei Alfred Rosenberg doch eine ganz klare Sprachregelung. „Sicherung“ bedeutete Raub²⁸⁸. Bereits 1940 hatte Rosenberg einen sog. „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ zusammengestellt, der in dem damals gerade besetzten Frankreich Kunst- und Kulturgegenstände aller Art, meist aber Bibliotheken für die geplante „Hohe Schule“, ins Reich zu verbringen hatte²⁸⁹. Damals schon existierte in dem Einsatzstab als Unterabteilung ein „Sonderstab Vorgeschichte“, der im Reich der Oberleitung Hans Reinerths unterstand, im Felde aber von Subalternen des Amtes Rosenberg dirigiert wurde²⁹⁰. Im Anschluß an seine „Beförderung“ im Juli 1941 dehnte Rosenberg die Aktivität seines Einsatzstabes laut Führererlaß vom 1. März 1942 auch auf die Ostgebiete aus²⁹¹.

Schon Ende 1941, als der Sondereinsatz Herbert Jankuhns in Südrußland geplant wurde, ahnten die Funktionäre des „Ahnenerbes“ etwas von den bevorstehenden Kompetenzstreitigkeiten mit den Beauftragten des neuen Reichsministers Ost. Am 12. Dezember 1941 bat Sievers den Himmler-Sekretär Brandt, der Reichsführer-SS möge entscheiden, „ob wir uns im Bereich des Ostministeriums überhaupt betätigen sollen“²⁹². Himmlers Ansicht scheint gewesen zu sein, „daß es zweckmäßig ist, wenn das ‚Ahnenerbe‘ in den Ostgebieten, soweit sie dem Reichsministerium Ost unterstehen, nicht arbeitet, hingegen alle Vorbereitungen trifft, um im Vorderen Orient und im indo-germanischen Raum tätig zu sein“²⁹³. Im Vorderen Orient und im indo-germanischen (persisch-indischen) Raum konnte das „Ahnenerbe“ nun einmal trotz kurzlebiger Bemühungen²⁹⁴ nicht tätig werden; aber Himmlers Wissenschaftler haben im großen und ganzen schon die Jurisdiktion in den beiden, von Rosenberg geschaffenen Reichskommissariaten Ostland und Ukraine respektiert. Der Kaukasus, den das Unternehmen Schäfer 1942 untersuchen sollte, gehörte damals nicht zum „Herrschaftsbereich“ Rosenbergs²⁹⁵, obwohl der Balte Arno Schickedanz 1941 als „Reichskommissar Kaukasus“ designiert worden war²⁹⁶. Die Gebiete, für die sich das „Ahnenerbe“ vorgeschichtlich interessierte, lagen ebenfalls zum größten Teil außerhalb der Sphäre Alfred Rosenbergs, so etwa Charkow, das unter die Militärverwaltung östlich des Reichskommissariats Ukraine fiel²⁹⁷. Schwierig war es allerdings im Dnjepr-Bogen, in dem das „Ahnenerbe“ Gotenforschung betreiben wollte; der Bezirk Dnjeppropetrowsk gehörte zur Administration Reichskommissar Erich Kochs in der Ukraine²⁹⁸. Und auch der Streifen nördlich der Halbinsel Krim unterlag noch der Kontrolle Kochs; die Krim selbst stellte militärisches Sperrgebiet dar und sollte erst zur Zeit der neu-germanischen Besiedelung unter dem Gauleiter Alfred Frauenfeld in den Block des Ostministers eingefügt werden²⁹⁹. Deshalb war die von Sievers im April 1942 an Jankuhn gestellte Frage äußerst berechtigt, wieweit sich die Tätigkeit seines Einsatzkommandos bei den „altgermanischen“ Bodendenkmälern im Bezirk Dnjeppropetrowsk mit der Zuständigkeit des Reichsministers Ost und der von ihm eingesetzten Gruppe Reinerth überschneiden werde³⁰⁰. Jankuhn konnte diese Frage natürlich auch nicht verbindlich beantworten. Die Situation war kritisch. Das „Ahnenerbe“ schickte sich gerade an, in einem umstrittenen Bereich innerhalb des ohnehin nur notdürftig unterteilten Verwaltungs-

komplexes des besiegten Rußland aktiv zu werden. Strebte das Sonderkommando Jankuhn aus dem gleichsam „neutralen“ Gelände der deutschen Militärverwaltung um Charkow nach Westen in das Terrain Rosenbergs vor, so taten dessen Vorgeschichtsbeauftragte das Umgekehrte; sie operierten von der Ost-Ukraine aus zur Sicherung vorgeschichtlicher Denkmäler in der Militärzone. So mußten denn die rivalisierenden Gruppen unweigerlich aufeinanderstoßen. Sie begegneten sich im Dnjepr-Bogen (Reichskommissariat Ukraine)³⁰¹, verfehlten einander um Haaresbreite in Charkow (Militärbefehlshaber Süd)³⁰² und versuchten, sich gegenseitig auf der Krim (Militärbefehlshaber Krim) auszustechen³⁰³. An Ausgrabungen zum Gotenproblem auf der Krim-Halbinsel war Jankuhn bekanntlich besonders gelegen. Indes zeigte gerade er für die parteipolitische Problematik ein feines Gespür, wie er im November 1942 in einem dienstlichen Vermerk bewies: „Die Einleitung größerer Grabungsunternehmungen wird zwangsläufig zu Reibungen mit dem Einsatzstab des Reichsministers Ost führen, obwohl z. Zt. die Zivilverwaltung in der Krim noch nicht eingeführt ist. Vor Beginn größerer Grabungen ist deshalb eine Klärung der Grabungsberechtigung beim Reichsführer-SS erforderlich.“ Jankuhn, nicht ungeschickt, rief die Autorität des Reichsführers-SS als Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums an – wegen der auf der Krim anzusiedelnden Südtiroler³⁰⁴. Das Argument leuchtete auch Sievers ein, der die Gedankengänge sofort an Himmler weiterleitete³⁰⁵. Doch weder Reichsgeschäftsführer noch Professor bedachten, daß sich aus den „vagen Formulierungen“³⁰⁶ des Führers, die den RKF seinerzeit delegiert hatten, zur Lösung des Prioritätenproblems in der vom Reichsostminister technisch zu beherrschenden Krim-Halbinsel gar nichts konstruieren ließ. Selten wurde das Autoritätsvakuum, in dem Hitlers Unterführer allenthalben zu operieren gezwungen waren, deutlicher als im Falle der südrussischen Krim.

Zum allgemeinen Spannungsverhältnis zwischen Himmler und Rosenberg, gerade nach dessen Amtsantritt als Reichsminister Ost, ist von der Forschung bereits Grundsätzliches gesagt worden³⁰⁷. Rosenberg hatte das Ostministerium mit Hilfe Martin Bormanns erhalten und damit Himmlers Hoffnungen auf eine uneingeschränkte Herrschaft im Osten fürs erste zunichte gemacht. Nach 1941 sollte Himmler dies dem Reichsleiter nicht mehr vergeben. Er benutzte SS und Polizei im Osten als Instrumente einer gezielten Oppositionstaktik gegen die Bürokratie des Reichsostministers, was ihm um so leichter fiel, als Hitler selbst die Polizeihochheit Himmlers im Osten konfirmiert hatte. Die Spannungen wurden in dem Maße verschärft, wie Himmler neben seiner ursprünglichen Polizei-Prärogative weitere Kompetenzen beanspruchte, im Umsiedlungswesen, in der Judenpolitik, bei der Partisanenbekämpfung, bei der Anwerbung baltischer Waffen-SS-Rekruten im Reichskommissariat Ostland. 1942 schien es, als ob Rosenberg und Himmler zu einer Annäherung bereit sein würden: der Reichsleiter benötigte gerade Schützenhilfe gegen den früheren Verbündeten Martin Bormann und zeigte sich deshalb an einem „Pakt“ mit der SS interessiert. Der Chef des SS-Hauptamtes, SS-Gruppenführer Gottlob Berger, wurde im Juli 1942 Verbindungsführer zwischen Reichsführer-SS und Reichsminister Ost. Und wenn es Berger mitunter auch verstand, die Dinge von der Warte Reichsleiter Rosenbergs aus zu sehen, so daß er sich beispielsweise im Streit des Reichskommissars Koch gegen Rosenberg auf die Seite des Ministers schlug, so konnte doch dieses Zweckbündnis die breite Kluft zwischen den beiden

Lagern nur notdürftig verdecken. Zur offenen Kontroverse kam es insbesondere dann wieder, als die von Berger angestrebte Ernennung zum Staatssekretär im Ostministerium, auf der auch Himmler eisern bestanden hatte, Anfang 1943 von Rosenbergs Komplizen verhindert wurde. Rosenberg selbst, der Hitler 1942 zum letzten Male unter vier Augen sprechen durfte³⁰⁸, vereinsamte indessen mehr und mehr³⁰⁹. Berger zog sich im Januar 1945 aus dem Ostministerium zurück, nicht ohne seinen schwäbischen Mutterwitz noch einmal gegen den Reichsleiter ausgespielt zu haben: im offiziellen Schriftverkehr briefte er sich auf das „Reichsministerium für die nicht länger besetzten Ostgebiete“³¹⁰.

Es besteht kein Zweifel, daß die Rängeleien zwischen Rosenberg und Himmler heute als Konsequenz nur unzulänglich definierter Führungsrichtlinien und fehlerhaft abgeleiteter Autorität zu interpretieren sind. Es war ein Charakteristikum der Struktur des nationalsozialistischen Führerstaates, daß dessen „Führer“ Adolf Hitler seinen Paladinen oft gerade in den Fällen die Legitimation für gewisse Aktionen versagte, wo sie besonders danach verlangten. Damit verwirrte Hitler – vielleicht wissentlich – die Hierarchien, die dem theoretischen „Führerprinzip“ in der Herrschaftspraxis entsprechen sollten. Bezeichnenderweise mußte Himmler vor der Amtseinsetzung Rosenbergs im Osten erst beim Chef der Parteikanzlei anfragen, ob er nun bezüglich seiner Aufgaben als politischer Sicherungschef des Ostraumes dem Ministerium Rosenbergs unterstellt sein würde oder nicht³¹¹.

Gleichwohl darf man heute die These vom „Chaos der ungeklärten Kompetenzen“³¹² nicht zu weit treiben; es wäre auch müßig zu untersuchen, wer gerade im Falle der beiden Reichsleiter Rosenberg und Himmler bei der Realisierung gewisser Ansprüche „Recht“ oder „Unrecht“ hatte³¹³. Läßt sich mangels einer hieb- und stichfesten Verfassung des „Führerstaates“ die Frage nach der Legitimation niemals vollends klären, auch unter Berücksichtigung der These, daß einige Befehlsempfänger angesichts einer brüchigen Befehlskette (wie der zwischen Hitler und Rosenberg) sich „nach den ‚Gesetzen‘ des Revolutionsrechtes“ gewissermaßen selbst bevollmächtigten³¹⁴, so muß man doch anerkennen, daß es auch im Dschungel der NS-Zuständigkeiten nach dem Selbstverständnis der einzelnen Reichsleiter so etwas wie einen rudimentären Respekt für die de facto erworbenen „Rechte“ des anderen – ob nun „legal“ oder nicht – gegeben hat. Daß Himmler so empfand³¹⁵, hat er im Verhältnis mit Rosenberg oft genug bewiesen.

So ließ der Reichsführer „Rechte“, die Rosenberg als weltanschaulich Beauftragter des Führers beanspruchte, in der Theorie grundsätzlich gelten, wenn er auch in der Praxis vermeinte, sich gegen einen von Rosenberg angemäßigten Monopolanspruch durchsetzen und gegen eine Verletzung eigener „Rechte“ auftreten zu müssen. Daher konzedierte Himmler auch in einem Brief an den damals im Ostministerium dienenden Gauleiter von Westfalen-Nord, Pg. Dr. Meyer: „Wir Parteigenossen schätzen und verehren ihn [Rosenberg], so wie er als der weltanschauliche Reichsleiter der NSDAP sich seinen Namen gemacht hat“, fügte aber gleich hinzu, Soldat sei Rosenberg nun einmal nicht; „die soldatischen Dinge muß Parteigenosse Rosenberg, auch wenn er Reichsostminister ist, den Leuten überlassen, die dafür verantwortlich sind und dafür gerade zu stehen haben“³¹⁶. Auch Rosenberg gab vor, in ähnlichen Kategorien zu denken. Die Polizei respektiere er („meine Mitarbeiter haben sich noch *nie* in Dinge der *Polizei* eingemischt“), bezweifle jedoch Himmlers Befugnisse im Weisungsbereich des weltanschaulich Beauftragten³¹⁷.

Es entsprach im übrigen der Taktik der Schutzstaffel, daß Himmler versuchte, auch in der von ihm als unvermeidlich betrachteten Auseinandersetzung mit Reichsleiter Rosenberg den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Auf die Praktiken des „Ahnenerbes“ übertragen hieß dies, Spannungen mit dem Amt Rosenberg nach Möglichkeit auszuweichen. Nicht zuletzt deswegen, weil er Ärger mit Rosenbergs Dienststelle fürchtete, hat Himmler 1940 von einer Veröffentlichung der SS über den Westfälischen Frieden abgesehen³¹⁸. Als Himmler im Sommer des Jahres an einer Erforschung des sog. „Wasservogelbrauchs“ im bayerischen Wurmansquick gelegen war, ermunterte er seine wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Kooperation mit den zuständigen Leuten des Amtes Rosenberg³¹⁹. Und nachdem Rosenberg das deutsche Volk im Herbst 1941 aufgerufen hatte, „Bücher für unsere Soldaten zur Verfügung zu stellen“, entschied Himmler sofort, die SS nehme an dieser Sammelaktion „mit allen zur Verfügung stehenden Kräften teil“³²⁰ – das betraf auch das „Ahnenerbe“. Noch nach der Ernennung Rosenbergs zum Ostminister bedauerte Reichsgeschäftsführer Sievers die von oben vorgeschriebene „Ahnenerbe“-Taktik, „mehr oder weniger im stillen“ zu arbeiten und sich „immer wieder einen Hemmschuh“ anzulegen, „da sonst sofort die bekannten Gegner auf den Plan gerufen würden, was der Reichsführer-SS ja immer wieder vermeiden will“³²¹. Rosenberg scheint diesen, wenn auch wohl nur recht selten manifestierten guten Willen des Reichsführers der SS mindestens in einem Falle honoriert zu haben: der Leiter des „Hohe-Schule“-Instituts für Volkskunde in Detmold-Münster sollte dereinst „auf Vorschlag des Reichsführers-SS“ ernannt werden³²² – zweifellos in Anerkennung der von Himmler nach dem Kriege im Lippischen zu gründenden „Ahnenerbe“-Zentrale³²³.

Dennoch wogte der alte Kampf zwischen dem „Ahnenerbe“ und der Dienststelle Rosenberg gleichsam auf natürliche Weise fort, und zwar insbesondere auf dem traditionellen Schlachtfeld der deutschen Vor- und Frühgeschichte, ohne daß der eine oder andere Gegner bis 1945 den Sieg davongetragen hätte; auch das geschah nach dem immanenten Gesetz der ungeklärten Zuständigkeiten. Anlaß zu Reibereien von 1939 bis 1945 gab es wahrhaftig genug.

So im Falle der Abwerbung vorgeschichtlicher Mitarbeiter aus dem Lager Rosenbergs, die das „Ahnenerbe“ skrupellos betrieb. Innerhalb eines Jahres, von Frühjahr 1943 bis 1944, lockte das „Ahnenerbe“ drei ausländische Vorgeschichtler in sein Lager: erst den volksdeutschen Professor Miller, einst an der Universität Rostow³²⁴, dann den schwedischen Grafen Dr. Eric Oxenstierna, der bei Reinerth in Berlin promoviert hatte³²⁵, und schließlich den ukrainischen Prähistoriker Prof. Dr. Pasternak aus Lemberg³²⁶. In allen Fällen erhielten diese ehemaligen Mitarbeiter des Reinerth'schen Vorgeschichtsamtes beträchtliche materielle Vergünstigungen. Schrieb Reinerth's Adlatus Dr. Werner Hülle 1944 zu Führers Geburtstag erbost, das „Ahnenerbe“ gewinne Mitarbeiter durch Angebote, „die normalerweise gar nicht zu vertreten sind“³²⁷.

Daß die Abwerbung fähiger Spezialisten fremder Couleur als schlagkräftige Waffe im innerparteilichen Stellungskampf eingesetzt werden könne, war für sämtliche nationalsozialistischen Herrschaftspraktiker eine Binsenweisheit. Nicht nur das „Ahnenerbe“, sondern auch Rosenberg hat bis 1945 diese Taktik angewendet, wiederum im Kampfgehege der deutschen Vor- und Frühgeschichte. Als seine Mitarbeiter versuchten, sich in der Person Herbert Jankuhns den wohl renommiertesten

Gelehrten des „Ahnenerbes“ zu kapern, dürfte ihnen hauptsächlich daran gelegen gewesen sein, die Wissenschaftsorganisation Heinrich Himmlers etwas zu durchlöchern³²⁸. Im Frühsommer 1940 war Rosenberg mit dem Kieler Gauleiter Hinrich Lohse übereingekommen, in Kiel ein Institut für germanische Forschung als Bestandteil der „Hohen Schule“ einzurichten³²⁹. Als Leiter schlug Lohse im Juli Herbert Jankuhn vor, eine Wahl, die die Provinz Schleswig-Holstein schon aus Prestigegründen voll und ganz billigte³³⁰. Erst am 31. Oktober 1941 kam es zu einer entscheidenden Besprechung zwischen Jankuhn und dem vom Amt Rosenberg vorgeschickten Münchener Professor Harder, in der Jankuhn seine Loyalität zu „Ahnenerbe“ und Reichsführer-SS betonte. Eine Einigung wurde also nicht erzielt³³¹. Sievers sandte Jankuhns Unterredungsprotokoll am 10. November an Mentzel mit der Bemerkung weiter, es sei für jenen „selbstverständlich, daß er die Außenstelle nicht übernehmen wird“³³² – Beweis genug dafür, daß zumindest im „Ahnenerbe“ die geplante Maßnahme Rosenbergs als Spitze gegen das Haus Himmlers gewertet wurde. Im Februar und März 1942 trat Bäumler dann an Jankuhn heran und bot als Lockspeise etwas an, das selbst der Kieler auszuschlagen Mühe hatte: die endgültige „Beiseite-Schiebung Reinerths“ in der Angelegenheit³³³. Denn bereits in seiner Unterredung mit Harder hatte Jankuhn darauf bestanden, die größten Schwierigkeiten bei der Besetzung der Kieler Stelle ergäben sich „aus der Person Reinerths“³³⁴. Gleichwohl: Jankuhn blieb fest; dafür sorgte schon der Reichsgeschäftsführer. Nicht zuletzt um seinem Freund eine offizielle Handhabe zur endgültigen Absage an Bäumler zu geben, bat er das REM, es solle dem Gelehrten schreiben, daß er seitens des Ministeriums „für eine größere Aufgabe vorgesehen sei“³³⁵. Bis August 1942 hatte auch Rosenberg die Kandidatur Jankuhns endgültig verworfen³³⁶.

Der Reichsleiter hatte seine Gründe. Denn inzwischen war das Reichserziehungsministerium, Rosenbergs alter Gegner, wieder auf den Plan getreten und hatte von neuem die Errichtung des seit langem ins Auge gefaßten Reichsinstituts für Vor- und Frühgeschichte angeregt, diesmal allerdings mit Jankuhn als Institutsdirektor³³⁷. Das also war der Posten, von dem Sievers an das REM so ominös geschrieben hatte. Die Besprechungen um das Reichsinstitut waren zwar vor Kriegsbeginn eingestellt worden³³⁸, der damals zwischen „Ahnenerbe“ und REM geschaffene Konsensus hatte aber auch nach 1939 Geltung: im Mai 1940 traf Sievers sich mit Mentzel und legte fest, daß Reinerths langjährig verfochtene Ansprüche niemals bewilligt werden könnten³³⁹. Reinerth betrieb indessen die Gründung von Zweigstellen im Ausland, und dieser Teilaspekt der Planung war es, der auch die Gesamtkontroverse über das künftige Reichsinstitut wieder ins Rollen brachte³⁴⁰. Im April 1942³⁴¹ wußte man im REM, daß Rosenberg beabsichtigte, ein Institut für Vor- und Frühgeschichte des Ostraumes ins Leben zu rufen. Das entsprach ganz seinem damaligen Bemühen, sich endlich auch außerhalb des Altreiches, etwa in Budapest oder Agram³⁴², zu verankern; in Wiener Wissenschaftskreisen munkelte man im übrigen schon seit Juni 1941, Rosenberg wolle ein südosteuropäisches Forschungsinstitut in der ostmärkischen Hauptstadt aufmachen, das mit der gerade ins Leben gerufenen „Südosteuropa-Gesellschaft“ konkurrieren würde³⁴³.

Die Kandidatur Jankuhns, für die Mentzel im Einvernehmen mit „Ahnenerbe“ und Reichsführer-SS zu sorgen gedachte, markierte offenbar den letzten Versuch, Reinerths großspurigen Plänen zumindest bis Kriegsende Einhalt zu gebieten. Denn

daß im realistisch denkenden Lager der Rosenberg-Gegner niemand mehr so recht an die Verwirklichung dieses Projektes vor Kriegsende glaubte, geht aus dem offiziellen Schriftwechsel deutlich hervor. Mentzel dürfte demnach seinen Vorschlag lediglich als zeitgerechtes Mittel in der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit Reichsleiter Rosenberg betrachtet haben, daneben schien er auch die Handhabe zu bieten, die Persönlichkeit des Hans Reinerth endgültig aus dem Zwielficht ins Dunkel zu drücken. In seinem Schreiben an Bormann führte Mentzel daher aus, Reinerth habe zwar 1933/34 schätzungsweise mehr als die Hälfte der deutschen Vorgeschichtsforscher um sich vereinigt, dürfte aber „heute wohl kaum mehr als 5–10%“ der Fachwissenschaftler hinter sich haben³⁴⁴ – eine Statistik, die der Ministerialdirektor vorsorglich von Herbert Jankuhn bezogen hatte³⁴⁵. Diesmal entschied sich die Parteikanzlei – trotz heftiger Proteste Rosenbergs – dazu, sich dem Ministerium gegenüber in der Institutsfrage neutral zu verhalten³⁴⁶, was in der Praxis darauf hinauslief, daß sie versuchte, den Ausgang eines Parteiprozesses abzuwarten, in dem das Pro und Kontra im Falle Reinerth endgültig zur Sprache kommen sollte. An diesem Verfahren, das bis 1945 nicht mehr abgeschlossen werden konnte, wurde endlich auch das Projekt des Reichsinstituts gänzlich zerrieben, was zumindest das REM nicht weiter bekümmert zu haben scheint. Reinerth hingegen sah sich um die Früchte langjähriger Bemühungen gebracht und wähnte – nicht zu Unrecht – seinen Einflußbereich besonders im Ausland drastisch beschnitten. Für ihn bestand keinerlei Zweifel, wer als der Hauptschuldige an dem Mißlingen gerade des „ausländischen“ Reichsinstitutsplanes zu gelten hatte. Es sei offenbar, schrieb er im Mai 1943, „daß das ‚Ahnenerbe‘ auch in der Zeit des totalen Krieges in der Lage ist, Ausgrabungen neu zu beginnen und dazu noch in Gebieten, in denen unserer Dienststelle jede Möglichkeit zur Durchführung ähnlicher Arbeiten genommen wurde“³⁴⁷. Dies dürfte sich auf die Unternehmungen des „Ahnenerbes“ im Balkan, im Protektorat und in der Slowakei bezogen haben.

Damals war Reinerth schon ein verlässener Mann. Die mageren Reste des einst so eindrucksvollen Anhangs im „Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte“ konnten wahrhaftig keinen Ersatz für die gestörten prähistorischen Projekte im großgermanischen Reich mehr bieten; führende Vorgeschichtler hatten sich von Reinerth endgültig zurückgezogen. Viele hatten zum „Ahnenerbe“ gefunden, wie Bolko von Richthofen, der 1943 nicht zufällig im Juli/August-Heft der „Ahnenerbe“-Zeitschrift *Germanien* einen Aufsatz publizierte³⁴⁸. Auch das prähistorische Naturaltalent Alfred Rust zählte nun schon zum Stamm der Forschungsgemeinschaft, wenn auch nicht zum inneren Kern. Er hatte 1942 die Thesen des „Reichsbund“-Mitarbeiters Prof. Dr. Julius Andree angegriffen, welche die Existenz einer Hochkultur in Deutschland vor rund 250 000 Jahren und ihre Ausbreitung von dort über den ganzen Erdball postulierten³⁴⁹. Das trug ihm die unversöhnliche Feindschaft Reinerths ein³⁵⁰. Und Prof. Dr. von Stokar, einst „Reichsbund“-Mitglied und längst „Ahnenerbe“-Vertrauter an der Universität Köln, wurde 1943 das Opfer eines innerhalb des „Reichsbundes“ tagenden „Ehrenrates“, der dem Gelehrten illoyales Verhalten zum Vorwurf machte³⁵¹.

Anlaß zu Stokars Verhalten hatte ein Fälschungsskandal gegeben, dessen heute bekannte Einzelheiten zeigen, daß die Behauptung, unter dem Schirm des „Ahnenerbes“ sei immer noch exaktere prähistorische Forschung getrieben worden als unter Rosenberg, berechtigt ist. 1937 war in *Germanien-Erbe*, dem offiziellen Organ des

Reinerth'schen „Reichsbundes“, ein Aufsatz erschienen, der eine kurz vorher in der Gegend von Mährisch-Ostrau (Tschechoslowakei) aufgefundene gotische Adlerfibel pries. Der Verfasser war ein gewisser Dr. Frederik Adama van Scheltema, der dem „Reichsbund“ nahestand³⁵². Er hatte den Fund von dem Kunsthändler Herbert Marwitz in München bezogen, der ihm auch Details über die Fundgeschichte mitgeteilt hatte. 1938 übernahm Scheltema für Marwitz den Verkauf des Stückes an das Nürnberger Germanische Museum. Es wurde dann dem Kölner Wallraf-Richartz-Museum angeboten. Als die Stimmen der wissenschaftlichen Fachkritik sich zu erheben begannen, wurde die Fibel zur Begutachtung dem Kölner Prähistoriker von Stokar aus dem Kreise des „Ahnenerbes“ vorgelegt. Stokar entlarvte den Fund als eine geschickte Fälschung. 1940 schließlich kam es zum Verfahren gegen Marwitz. Doch obschon der Händler wegen Betruges zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, schaltete sich nun der „Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte“ ein. Die Auseinandersetzung wurde danach zumeist publizistisch ausgetragen; stets hatten Stokar und der Münchener Ordinarius für Vorgeschichte Hans Zeiß die besseren Argumente³⁵³. Beendet wurde der Streit nach 1942 nicht mehr; er rannte sich im binnenparteilichen Niemandsland zwischen Himmler und Rosenberg fest und wurde, wohl aus höheren politischen Rücksichten, nicht wieder zu neuem Leben erweckt. Erst nach dem Kriege, als Scheltema sich noch immer ungeschlagen gab³⁵⁴, wurde Stokars Urteil von dem Münchener Prof. Dr. Georg Lill endgültig bestätigt³⁵⁵. Das „Ahnenerbe“ hat von dieser wissenschaftlichen Großtat seines Gewährsmannes keinen Nutzen mehr gehabt. Ja Stokars Arbeit hat sich auch auf die Beziehungen zwischen Reinerth's Vorgeschichtsgruppe und der von Himmler protegierten Prähistorie nicht mehr ausgewirkt. Auf diesem Gebiet war das Ende der Auseinandersetzung bereits 1943 sichtbar: Reinerth sollte den Kampf verlieren, aber das „Ahnenerbe“ würde ihn deswegen noch lange nicht gewinnen. Denn weder wurde Jankuhn Präsident eines neu zu schaffenden Reichsinstituts im Altreich, noch gelang es dem Himmlerschen Wissenschaftsverein, sämtliche ausländischen Vorgeschichtsbelange unter seine Kontrolle zu zwingen, wie das Beispiel des Protektorats zeigt. Die Konturen des Mißerfolges zeichneten sich indessen nicht nur im Bereich der Vorgeschichte ab, sondern auch auf anderen Sektoren der reichs- und großdeutschen Kulturpolitik, beispielsweise im Hochschulwesen. Ob für dieses grundsätzliche Versagen nicht etwa nur äußere Umstände, sondern zudem in ganz entscheidendem Maße innere Strukturverhältnisse, wie sie sich bis 1944 in der SS entwickelt hatten, verantwortlich gemacht werden können, soll im folgenden untersucht werden.